

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Wachsende soziale Ungleichheit in Europa	1
Umweltindikatoren im EUSI	5
Beachtliche Disparitäten bei gegenwärtig noch hohem Lebensstandard	6
EU fordert neue Generationengerechtigkeit	11
Solidarität wird an Gegenleistung geknüpft	12
Calls for Papers: Subjective Well-Being – Innovative Instruments for Measurement and Data Analysis	
(Un-)Sicherheit und gesellschaftliche Transformation – Indikatoren und Analysen	16

Wachsende soziale Ungleichheit in Europa

Die Lebensqualität unterer Einkommensschichten in der erweiterten Europäischen Union

Zum Ideal des von der Europäischen Kommission propagierten europäischen Sozialmodells gehört die Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum und sozialer Zusammenhalt Hand in Hand zu gehen haben und einander auch wechselseitig bedingen. Das Ziel des sozialen Zusammenhalts wird in der EU auf zweierlei Weise und auf institutionell getrennten Wegen verfolgt. Die von der Generaldirektion Regionalpolitik betriebene Kohäsionspolitik zielt darauf ab, den territorialen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken, indem das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ländern und Regionen durch Annäherung des Einkommensniveaus an den europäischen Gesamtdurchschnitt gemindert wird. Kohäsion wird hier also als Konvergenz der Lebensbedingungen bzw. als unmittelbar aus solcher Konvergenz resultierende Form sozialen Zusammenhalts begriffen. Die von der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit betriebene Inklusionspolitik ist dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gewidmet und sieht in der Vollbeschäftigung die wirksamste Form, in der Sozialpolitik die zweite Waffe der Armutsbekämpfung. Inklusion wird hier als Vermeidung sozialer Randständigkeit innerhalb national verfasster Gesellschaften konzipiert.

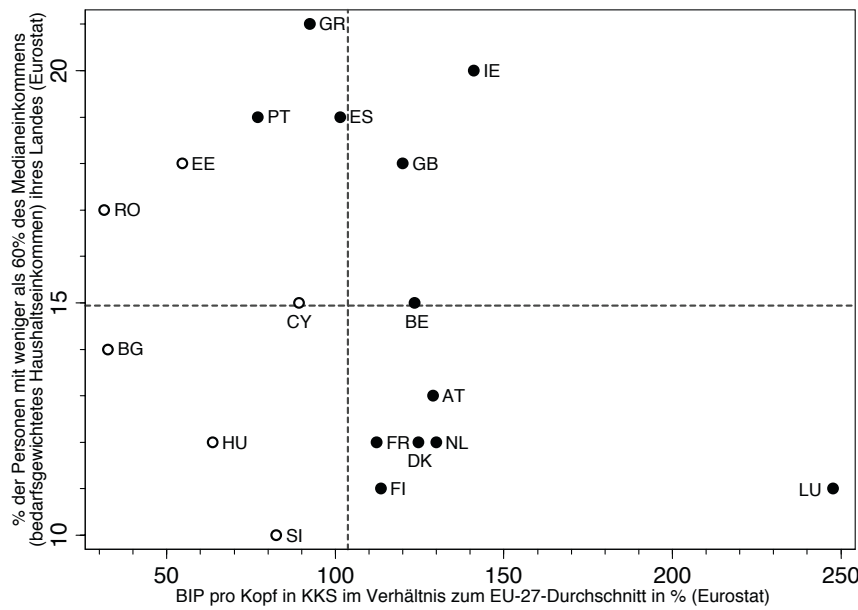
Beide Formen der Integrationspolitik bzw. der Förderung sozialen Zusammenhalts sind bislang wenig aufeinander abgestimmt, und der Überprüfung der Zielerreichung in beiden Zweigen dienen unterschiedliche Schlüsselindikatoren (vgl. Fahey 2007). Als basaler Indikator der Kohäsionspolitik dient das in Kaufkraftstandards gemessene Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, als zentraler Indikator der Inklusionspolitik die Quote relativer Einkommensarmut bzw. die Quote armutsgefährdeter Personen. Als Schwelle der Armutsgefährdung gilt dabei der Grenzwert von 60% des bedarfsgewichteten nationalen Medianeinkommens.

In jüngster Zeit wächst nun die Besorgnis, dass beide Varianten des sozialen Zusammenhalts in Europa brüchiger werden. Zunächst einmal haben die beiden Osterweiterungen das Wohlstandsgefälle in der Union beträchtlich vergrößert. In der alten EU-15 übertraf das in Kaufkraftstandards gemessene BIP pro Kopf des reichsten Landes (Luxemburg) das des ärmsten (Portugal) um den Faktor 3,5; in der erweiterten Union übertrifft das

luxemburgische Pro-Kopf-Produkt das des Schlusslichts Bulgarien um den Faktor 7,4. Der Abstand zwischen dem ärmsten und dem reichsten Land hat sich also mehr als verdoppelt. Innerhalb einzelner Gesellschaften mehren sich die Anzeichen dafür, dass Reiche und Arme auseinanderdriften, weil die Einkommen am oberen Rand der Einkommensverteilung dynamisch wachsen, am unteren Rand aber stagnieren oder sogar schrumpfen (für deutsche Daten siehe Alber/Fliegner 2007; Goebel/Krause/Zähle 2007). Die unteren Einkommensschichten drohen somit zunehmend vom Wachstum abgekoppelt zu werden, und es ist eine offene Frage, wie lange die Gesellschaftsentwicklung von unterschiedlichen sozialen Geschwindigkeiten geprägt sein kann, ohne das noch immer hohe Niveau des sozialen Konsenses in den EU-Mitgliedsländern zu gefährden.

Der vergleichenden Forschung zur Lebensqualität in der erweiterten Europäischen Union stellen sich daher eine Reihe von Fragen, von denen wir einige hier auf der

Grafik 1: Relative Einkommensarmut und indexiertes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards, 2003



Abkürzungen: AT: Österreich, BE: Belgien, BG: Bulgarien, CY: Zypern, CZ: Tschechien, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GB: Vereinigtes Königreich, GR: Griechenland, HU: Ungarn, IE: Irland, IT: Italien, LT: Litauen, LU: Luxemburg, LV: Lettland, MT: Malta, NL: Niederlande, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, SE: Schweden, SI: Slowenien, SK: Slowakei, AMS: Alte Mitgliedsstaaten, NMS: Neue Mitgliedsstaaten.

Datenbasis: Eurostat

operationalisierten Armutsgefährdung. Grafik 1 zeigt, dass hier praktisch kein Zusammenhang besteht.² Während die Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Mitgliedsländern deutlich niedriger sind als in den alten und ausnahmslos unter dem Durchschnitt liegen, streuen die nationalen Armutsquoten auch bei gegebenem Niveau des Wohlstands breit und liegen in den südeuropäischen und atlantischen alten Mitgliedsländern sogar höher als in den neuen, unter denen nur Estland und Rumänien überdurchschnittliche Werte erreichen. Das bestätigt einmal mehr, dass der durchschnittliche Wohlstand eines Landes nichts darüber aussagt, wie häufig die Menschen innerhalb eines Landes von sozialer Randständigkeit betroffen sind (vgl. Fahey 2007).

Wie verschieden das mit der scheinbar gleichen Quote relativer Einkommensarmut einhergehende Versorgungsniveau mit materiellen Gütern in Europa ist, macht die Grafik 2 deutlich. Sie zeigt auf der Basis des EQLS, wie viele Menschen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 60% bleiben³ und welches Versorgungsniveau dabei erreicht wird. Als materielle Versorgung gilt das Ausmaß, in dem sich Individuen die für eine komfortable Lebensführung relevanten Güter leisten können. Die materielle Versorgung wird hier operationalisiert durch einen zwischen 0 und 100 variierenden Index, bei dem hohe Werte hohe Versorgungsgrade signalisieren.⁴

Zwar haben Länder wie Rumänien, die Tschechische Republik und Finnland oder Österreich ganz ähnliche Quoten relativer Einkommensarmut, aber nur in den neuen Mitgliedsländern verbindet sich die Randständigkeit in der Einkommensverteilung mit massiven Defiziten materieller Versorgung. Allein Malta und Zypern erreichen hier einen überdurchschnittlichen Grad der Versorgung mit materiellem Wohlstand, während unter

Grundlage eines neuen Datensatzes aufgreifen können. Drei Fragen werden wir nachgehen:

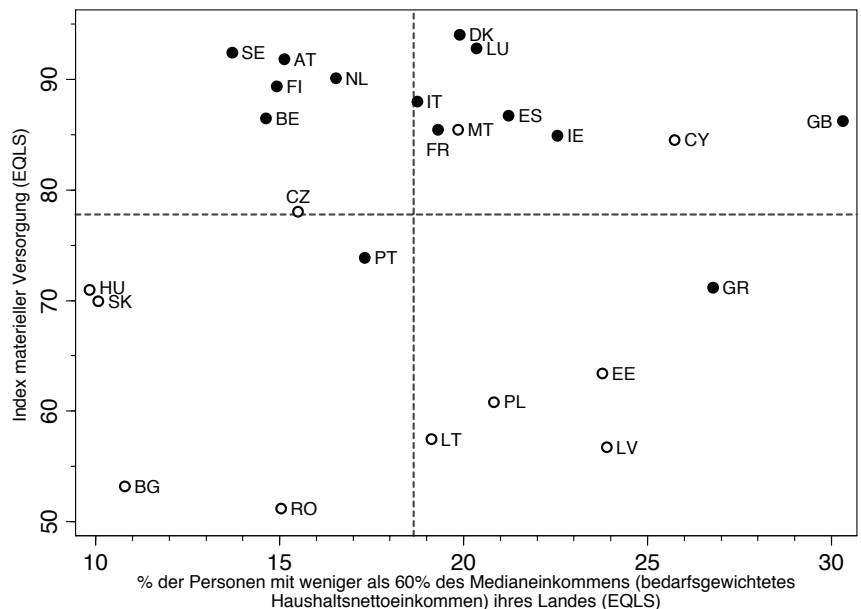
- 1) In welchem Verhältnis stehen die ökonomische Rückständigkeit eines Landes im europäischen Vergleich und das Ausmaß der Randständigkeit innerhalb einzelner Länder?
- 2) Wie stark verbindet sich die Randständigkeit in der Einkommensverteilung mit absoluten Versorgungsdefiziten in zentralen Lebensdimensionen?
- 3) In welchem Maße kumulieren länderspezifische Defizite in einzelnen Wohlfahrtsdimensionen zu Syndromen der Minderversorgung, und welche Rolle spielt das wirtschaftliche Entwicklungsniveau in diesem Zusammenhang?

Als Datenquelle dient der 2003 durchgeführte European Quality of Life Survey (EQLS), der auf der Grundlage repräsentativer Befragungen in 28 Ländern – d.h. den 27 heutigen EU-Mitgliedsländern und der (hier unberücksichtigten) Türkei – sowohl die objektive Lebensqualität in verschiedenen Lebensbereichen als auch die subjektive Zufriedenheit mit zentralen Lebensdimensionen erfasste (vgl. ausführlich dazu Alber/Fahey/Saraceno 2007).¹ Unterteilt wird die Lebensqualität im Folgenden in die Dimensionen materielle Versorgung, Wohnen, Bildung, Sozialleben und subjektives Wohlbefinden, die jeweils mittels Indizes gemessen werden, die auf die Bandbreite von 0 bis 100 standardisiert sind. Damit kann u.a. untersucht werden, welche Beziehung zwischen den konventionellen Schlüsselindikatoren sozialen Zusammenhalts und verfeinerten Maßen der Lebensqualität besteht.

Materielle Lebensbedingungen in den neuen Mitgliedsländern deutlich schlechter als in den alten

Zunächst wollen wir anhand offizieller Statistiken von Eurostat überprüfen, wie stark der Zusammenhang zwischen den beiden zentralen Dimensionen der von der EU-Politik ins Zentrum gerückten Probleme sozialen Zusammenhalts ist, nämlich dem durch das BIP pro Kopf indizierten materiellen Lebensstandard und der über die relative Einkommensarmut

Grafik 2: Durchschnittliche materielle Versorgung und relative Einkommensarmut, 2003



Datenbasis: European Quality of Life Survey

den alten Mitgliedsländern nur Portugal und Griechenland bei sehr unterschiedlichen Quoten relativer Einkommensarmut durch ähnlich unterdurchschnittliche Grade materieller Versorgung auffallen. Wie harsch die Not ist, die sich mit relativer Einkommensarmut verknüpft, sieht man den Armutsquoten allein nicht an, und die Versorgungslage in den neuen Mitgliedsländern war im Jahr der Osterweiterung sehr viel prekärer, als es konventionelle Armutsquoten zum Ausdruck bringen.

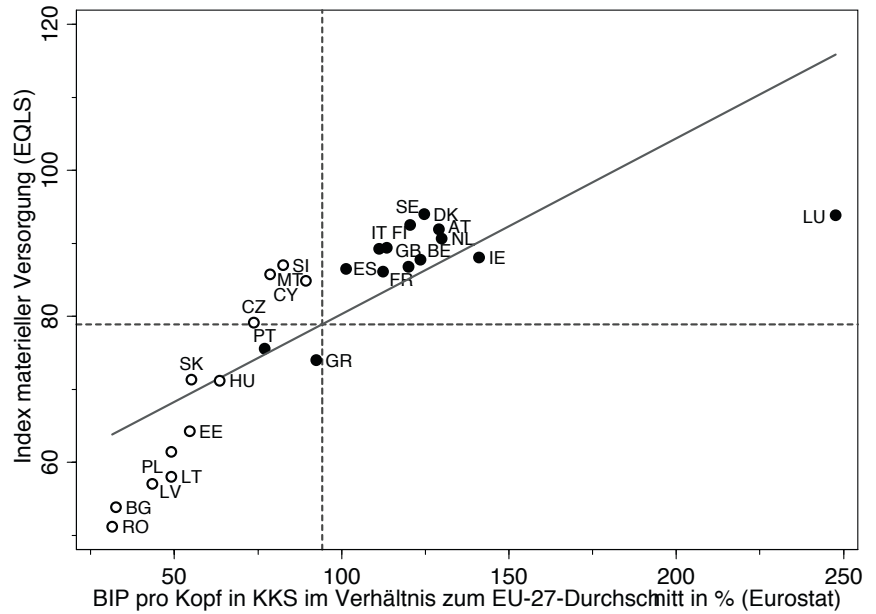
Das in Kaufkraftstandards gemessene Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das in der regionalen Kohäsionspolitik der EU so eine große Rolle spielt, korrespondiert sehr viel stärker mit den materiellen Lebensbedingungen der Bürger als die relativen Armutsquoten. Das macht die Grafik 3 deutlich. Hier bleiben die Unterschiede zwischen Ländern mit gleicher Wirtschaftskraft sehr gering, der statistische Zusammenhang ist eng und signifikant, und nur Luxemburg weicht etwas vom allgemeinen Muster ab. Entscheidend für den Lebensstandard ist offenbar nicht, ob man in alten oder neuen Mitgliedsländern der Union lebt, sondern wie hoch die Wirtschaftsleistung des Heimatlandes ist. Zwar gibt es auch hier eine Tendenz zur Polarisierung zwischen alten und neuen Mitgliedsländern, aber eine Gruppe von Ländern mit mittlerem Lebensstandard ist gemischt und besteht neben Zypern, Malta, Slowenien und der Tschechischen Republik auch aus Portugal, Griechenland und Spanien, wobei letzteres allmählich zur Gruppe der wohlhabenderen Nationen aufschließt.

In den neuen Mitgliedsländern verbindet sich soziale Randständigkeit mit einem Syndrom der Unterversorgung in mehreren Wohlfahrtsdimensionen

Der materielle Lebensstandard ist zwar eine zentrale, keinesfalls aber die einzig relevante Dimension der Lebensqualität. Im Anschluss an frühere Arbeiten Erik Allardt (1973; 1993) und Angus Campbells (1981) verstehen wir Lebensqualität hier – unter Ausblendung des im EQLS etwas unterbelichteten Bereichs der Gesundheit – als ein multidimensionales Konzept mit den Bestandteilen materielle Versorgung, Wohnen, Bildung, Sozialintegration und subjektive Zufriedenheit. Um zu untersuchen, in welchem Maße randständige Gruppen innerhalb europäischer Gesellschaften vom durchschnittlichen Entwicklungsniveau abgekoppelt sind und wie prekär die Verhältnisse sind, in denen sie leben, betrachten wir im Folgenden, wie es um die Lebensqualität des untersten Einkommensquartils in verschiedenen Dimensionen der Lebensqualität bestellt ist. Die relative Lage innerhalb der Einkommensverteilung jedes Landes wird damit also konstant gehalten, und es wird untersucht, wie harsch die Lebensbedingungen der Bürger verschiedener Länder in dieser randständigen Lage sind.

Wohnen wird definiert als die Größe und die Qualität der Unterbringung. Der Wohnindex

Grafik 3: Durchschnittliche materielle Versorgung und indexiertes BIP pro Kopf in KKS, 2003



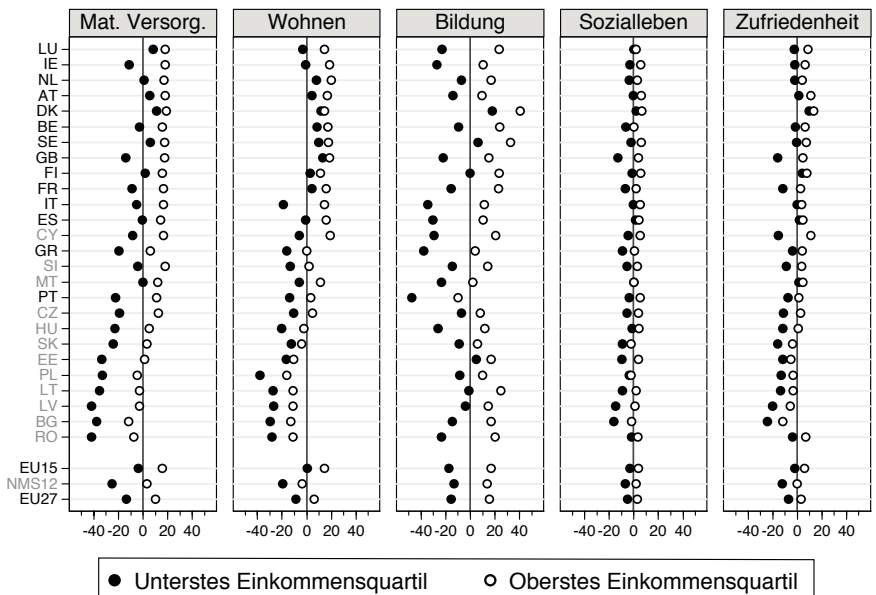
Datenbasis: Eurostat, European Quality of Life Survey

setzt sich zusammen aus zwei Variablen, nämlich (a) wie viele von vier möglichen Problemen man mit der Wohnung hat und (b) der Anzahl der Räume pro Haushaltsmitglied. Den Bildungsgrad erfassen wir durch die Variable ‚Alter bei Beendigung der Ausbildung‘ in drei Kategorien. Das Sozialleben wird über zwei Variablen erfasst, nämlich die wahrgenommene Integration in die Gesellschaft – gemessen über den Grad der Zustimmung zur Aussage ‚Ich fühle mich aus der Gesellschaft ausgeschlossen‘ – und dem Vorhandensein von Unterstützung aus dem sozialen Umfeld in bestimmten Krisensituationen. Der Grad der subjektiven Zufriedenheit ist als Index

gemessen, der sich zusammensetzt aus der Zufriedenheit mit sieben verschiedenen Lebensbereichen (Beruf, Lebensstandard, Wohnung, Familienleben, Gesundheit, Sozialleben und Bildung). Alle Indizes wurden standardisiert, so dass sie ein Minimum von 0 und ein Maximum von 100 haben.

Die Frage ist nun, in welchen Dimensionen die Unterschichten welcher Länder besonders stark vom europäischen Mittelwert abweichen und wie groß die soziale Ungleichheit innerhalb eines Landes ist. Die Grafik 4 zeigt für jede Dimension, wie stark sich das unterste und das oberste Einkommensquartil in jedem Land

Grafik 4: Lebensqualität im untersten und obersten Einkommensquartil in Relation zum EU-27-Durchschnitt, 2003



Datenbasis: European Quality of Life Survey

vom (ungewichteten) europäischen Mittelwert, der durch die vertikalen Linien gekennzeichnet ist, unterscheiden. Geordnet sind die Länder nach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Kaufkraftstandards.

Für die materielle Versorgung fällt auf, dass die Unterschichten der reicheren alten Mitgliedsländer z.T. deutlich über das europäische Durchschnittsniveau hinauskommen und sich überdies nicht sehr stark von den nationalen Oberschichten unterscheiden. Mit anderen Worten: Ein bescheidenes Niveau materiellen Wohlstands ist in den reichen EU-Ländern heute quer durch alle Schichten Allgemeingut, und insofern hat die Formel vom Massenkonsum in demokratischen Marktgesellschaften durchaus ihren guten Sinn. In den ärmeren neuen Mitgliedsländern bleiben die Unterschichten hingegen weit hinter dem europäischen Durchschnitt zurück, und die Kluft, die sie von den nationalen Oberschichten trennt, ist überdies sehr viel größer. Bemerkenswert ist auch, dass selbst die Unterschichten der reicheren westeuropäischen Länder einen höheren Lebensstandard erreichen als die Oberschichten mancher neuer Mitgliedsländer.

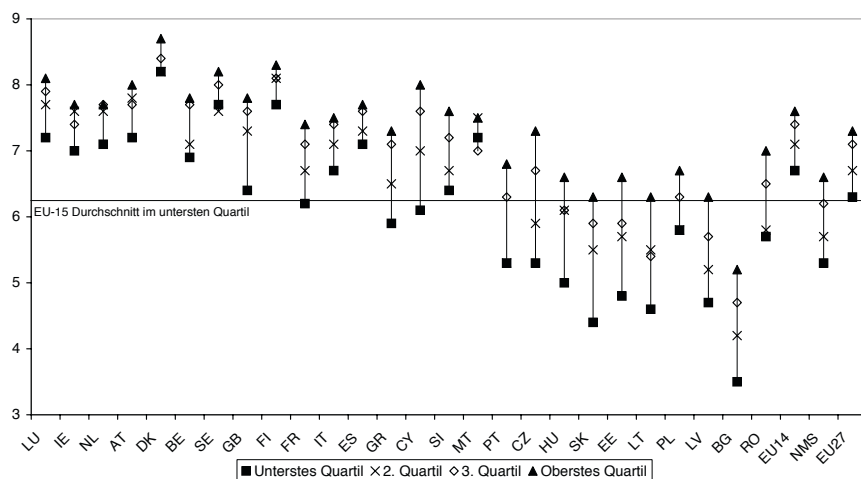
Ganz ähnlich sind die Befunde für den Bereich des Wohnens. Auch hier bleiben selbst die Oberschichten mancher mitteleuropäischer Länder deutlich unter dem europäischen Durchschnitt und auch hinter dem Niveau der Unterschichten in den reicheren Ländern des Westens zurück. Überdies ist die Kluft, die Arme und Reiche hinsichtlich der Wohnbedingungen trennt, insbesondere in den ärmsten Ländern größer als in Westeuropa.

Völlig unterschiedlich stellen sich die Ergebnisse im Bereich der Bildung dar. Die Sekundarschulbildung ist in den neuen Mitgliedsländern ähnlich weit verbreitet wie in den alten. Die Menschen im untersten Einkommensquartil der neuen Mitgliedsländer haben sogar etwas längere Zeit im Bildungswesen verbracht als ihre Vettern in der alten EU-15, und die Kluft zwischen Armen und Reichen ist hier etwas weniger groß als im Westen. Bildungsarmut ist insbesondere in den ärmeren Ländern Südeuropas ein Problem, dessen große Verbreitung dort in erheblicher Spannung zum von der EU ausgerufenen Aufbruch in die „knowledge economy“ steht, für die die neuen Mitgliedsländer besser gerüstet scheinen.

Die Integration in lebendige soziale Beziehungen ist überall in Europa ähnlich entwickelt und unterscheidet sich auch nur wenig zwischen den sozialen Schichten. Dabei sind die Menschen im oberen Einkommensquartil aber durchgängig besser integriert als die Armen. Die sozialen Unterschiede sind hier aber nicht sehr groß.

Die Verteilung der subjektiven Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen entspricht wieder stärker dem bei der Betrachtung der materiellen Lebensbedingungen gewonnenen Bild. Selbst im untersten Einkommensquartil

Grafik 5: Lebenszufriedenheit in den Einkommensquartilen in der EU-27 (gruppiert nach BIP in KKS), 2003



Datenbasis: Eurostat, European Quality of Life Survey

der reichen alten Mitgliedstaaten sind die Menschen zufriedener als die Menschen im obersten Einkommensquartil armer Länder, und die Kluft zwischen Arm und Reich ist auch hier in den neuen Mitgliedsländern größer. Für alle Länder gilt aber, dass die oberen Einkommensschichten zufriedener sind als die unteren. Das deutet darauf hin, dass die Aspirationen der Europäer nicht im Gleichschritt mit dem Lebensstandard wachsen, so dass sich steigender materieller Wohlstand durchaus auch in wachsende Zufriedenheit umsetzt – zumindest dann, wenn man im Querschnittvergleich das Zufriedenheitsniveau verschiedener Einkommensgruppen betrachtet.

Die Grafik 5 macht den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und subjektiver Zufriedenheit noch deutlicher. Wenn wir die Mitgliedsländer der Europäischen Union wiederum nach der Höhe des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards gruppieren und für jedes Land zeigen, wie hoch die allgemeine Lebenszufriedenheit in den vier Einkommensquartilen ist, so wird deutlich, dass die Menschen in der obersten Einkommensschicht armer Länder unzufriedener sind als die Menschen in der untersten Einkommensschicht der reicheren alten EU-Mitgliedsländer. Das spricht dafür, dass es heute nicht mehr primär die relative Position in der eigenen Gesellschaft ist, die Menschen zufriedener oder unzufriedener lässt, sondern dass es primär um den Grad der Teilhabe an Gütern geht, deren Besitz überall in Europa inzwischen ähnlich geschätzt bzw. in ähnlichem Maße angestrebt wird. Historisch hat man es hier wohl mit einem stufenförmigen Prozess der Freisetzung der Wahl von Bezugsgruppen zu tun. Im 19. Jahrhundert fielen mit dem Kapitalismus und der Demokratisierung die ständischen Begrenzungen weg, nun fallen mit der Europäisierung und Globalisierung die nationalen Beschränkungen. Offenbar hat mittlerweile – transportiert z.B. über die Bildmedien – eine Transnationalisierung der Wahl der Bezugsgruppen stattgefunden, die zumindest alle Europäer heute ähnliche Vorstellungen von dem haben lässt, was zu einem

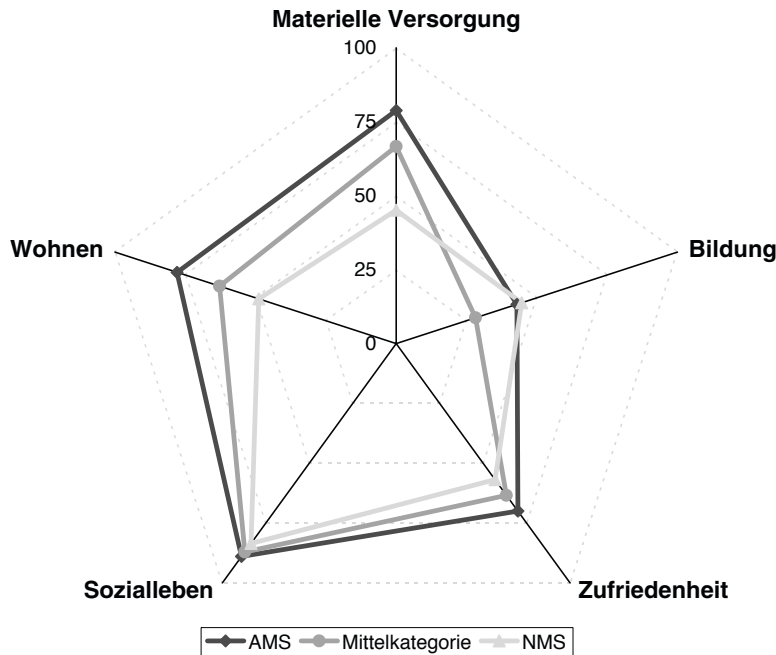
guten Leben gehört. Eine privilegierte Position in der nationalen Einkommensverteilung allein stellt deshalb heute die Europäer in ärmeren Ländern nicht mehr zufrieden.

Untere Einkommensschichten in neuen Mitgliedsländern weit unter EU-Durchschnittsstandard, aber durch gute Bildung mit günstigen Entwicklungschancen

Abschließend wollen wir zusammenfassend betrachten, in welchem Maße sich die Teilhabe an zentralen Ressourcen der Lebensqualität in den Unterschichten der Mitgliedsländer der Europäischen Union mit unterschiedlichem Wohlstandsniveau unterscheidet (Grafik 6). Wir teilen die Länder dabei in drei Gruppen gehobenen, mittleren und bescheidenen nationalen Wohlstands. Zur ersten Gruppe (AMS) zählen die alten Mitgliedstaaten mit Ausnahme Griechenlands und Portugals, zur mittleren neben den genannten beiden Ländern noch Zypern, Malta, Slowenien und die Tschechische Republik (Mittelkategorie), zur dritten alle übrigen neuen Mitgliedsländer (NMS).

Deutlich wird, dass der materielle Lebensstandard und die Wohnversorgung unterer Einkommensschichten klar mit dem volkswirtschaftlichen Reichtum variieren, so dass für das Gros der neuen Mitgliedsländer gilt, dass ihre Unterschichten weit hinter den Standard der reicheren alten Mitgliedsländer zurückfallen. Die subjektive Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen folgt ebenfalls diesem Muster, wobei die Unterschiede aber weniger groß sind als im Bereich der objektiven Versorgung. Relativ gleich verteilt und nur vergleichsweise schwach vom Wohlstandsniveau der Länder geprägt ist die Eingliederung in soziale Beziehungen, die im Prinzip auch in den neuen Mitgliedsländern intakt ist. Die Bildung stellt die eine Ausnahme von der allgemeinen Regel dar. Hier sind es nicht die mitteleuropäischen neuen Mitgliedsländer, die durch die verbreitete Bildungsarmut unterer Einkommensschichten auffallen, sondern die

Grafik 6: Lebensqualität im untersten Einkommensquartil nach Dimensionen und Ländergruppen in der EU-27, 2003



Datenbasis: European Quality of Life Survey

südlichen Länder der mittleren Wohlstandsgruppe. Die eingangs gestellten drei Fragen lassen sich nun recht klar beantworten:

- 1) Die Lebenslage der Unterschichten ist in den neuen Mitgliedsländern besonders prekär und spiegelt damit die drastischen Unterschiede nationaler Wirtschaftskraft wider.
- 2) Die Randständigkeit in der nationalen Einkommensverteilung ist kein brauchbarer Indikator für das Ausmaß der Deprivation in den Unterschichten verschiedener europäischer Länder, und der Vergleich relativer Armutsquoten unterschätzt das Ausmaß sozialer Not in den neuen Mitgliedsländern, deren Unterschichten weit von europäischen Durchschnittsstandards entfernt leben.
- 3) Es besteht eine Tendenz zur Syndrombildung verschiedener Dimensionen der Unterversorgung, aber das relativ gute Bildungsniveau der mitteleuropäischen Unterschichten sollte der europäischen Kohäsionspolitik günstige Anknüpfungspunkte für Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen in den neuen Mitgliedsländern bieten.

- 1 Der von der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions in Auftrag gegebene European Quality of Life Survey wurde im Jahr 2003 als repräsentative Umfrage der über 18-Jährigen Bevölkerung in den genannten Ländern durchgeführt. Die Größe der nationalen Zufallsstichproben variierte zwischen rd. 600 Befragten in den fünf kleineren Ländern (Estland, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern) und jeweils ca. 1000 in den übrigen Ländern.
- 2 Leider berichtet Eurostat relative Einkommensarmutsquoten nur für 18 der 27 Mitgliedsländer.

- 3 Die Einkommensdaten des EQLS sind insbesondere im Falle Deutschlands ungenau und problematisch, weshalb wir Deutschland bei den EQLS-Analysen hier unberücksichtigt lassen. Insbesondere im untersten Quartil resultieren aus den deutschen EQLS-Daten unrealistisch niedrige Angaben, so dass das Dezilverhältnis – also die Relation zwischen den oberen 10 Prozent und den unteren 10 Prozent der Einkommensverteilung – nach den EQLS-Daten bei 14,6 liegt, nach den Daten der Luxembourg Income Study (für 2000) aber 3,4 beträgt. Auch für die anderen Länder ergeben sich im EQLS höhere Dezilverhältnisse als bei LIS – mit größeren Diskrepanzen im Falle Estlands, Polens und Rumäniens –, aber nirgends erscheinen die Angaben für das unterste Einkommensquartil so unrealistisch wie im Falle Deutschlands.

- 4 Der hier auf 100 standardisierte Index hat ursprünglich maximal 19 Punkte und besteht aus den folgenden Bestandteilen: a) wie viele von neun Dingen (Auto, Waschmaschine, PC etc.) man sich leisten kann – max. 9 Punkte; b) wie gut man mit dem vorhandenen Einkommen zurechtkommt – max. 3 Punkte; c) ob man bei Betriebskosten oder Miete in Zahlungsverzug ist – max. 4 Punkte; d) ob innerhalb der letzten zwölf Monate einmal das Geld ausgegangen ist, um Essen zu kaufen – max. 3 Punkte, wobei höhere Punktzahlen für geringere Probleme bzw. bessere Ausstattung stehen.

Alber, Jens, Fahey, Tony, Saraceno, Chiara (Hg.), 2007: Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union. London: Routledge.

Alber, Jens, Fliegner, Florian, 2007: Und es gibt sie doch: die Unterschicht. WZB-Mitteilungen 114: 21-22.

Allardt, Erik, 1973: About dimensions of welfare. Research Group for Comparative Sociology, Research Report No. 1. Helsinki: University of Helsinki.

Allardt, Erik, 1993: Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research. S. 88-94 in: Martha Nussbaum und Amartya Sen (Hg.), The quality of life. Oxford: Clarendon Press.

Campbell, Angus, 1981: The sense of well-being in America. Recent trends and patterns. New York: McGraw-Hill.

Fahey, Tony, 2007: The case for an EU-wide measure of poverty. European Sociological Review 23: 35-47.

Goebel, Jan, Krause, Peter, Zähle, Tanja, 2007: Dynamik von Einkommen und Armut in Ost- und West-Deutschland. Sozialer Fortschritt 7-8: 200-207.

■ **Jens Alber, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Freie Universität Berlin**
Tel.: 030 / 25491-373, jalber@wzb.eu

■ **Philipp Lenarz, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Berlin**
Tel.: 030 / 25491-383, lenarz@wzb.eu

Umweltindikatoren im EUSI

Das European System of Social Indicators wurde kürzlich um den Lebensbereich Umwelt erweitert. Damit stehen im EUSI nun knapp 650 Indikatoren für 9 Lebensbereiche zur Verfügung. Neben Umwelt sind dies die Bereiche Bevölkerung, Haushalte und Familien; Wohnen; Bildung; Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen; Einkommen, Lebensstandard und Konsum; Gesundheit; Kriminalität und innere Sicherheit sowie Allgemeine Lebenssituation. Die Zeitreihen beschreiben die Länder der EU-27, Norwegen, die Schweiz sowie – als westliche Referenzländer – die USA und Japan.

Der neu erstellte Umwelt-Bereich umfasst knapp 50 Indikatoren, die neben den Daten zum objektiven Umweltzustand auch Angaben zur Wahrnehmung von Umweltproblemen in der Bevölkerung enthalten. Darüber hinaus gilt ein besonderes Augenmerk dem Aspekt der Nachhaltigkeit, d.h. dem Bemühen das Naturvermögen zu schonen und langfristig zu erhalten.

Die Zeitreihen des EUSI stehen kostenlos zum Download zur Verfügung unter: www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/data/EUSI/index.htm.

Beachtliche Disparitäten bei gegenwärtig noch hohem Lebensstandard

Analysen zur materiellen Lage der älteren Bevölkerung im Vergleich

Als Ergebnis einer deutlich gestiegenen Lebenserwartung – und zeitweilig durch eine Tendenz zur Frühverrentung noch zusätzlich gefördert – verbringen immer mehr Menschen einen größeren Teil ihres Lebens nach der Beendigung des Erwerbslebens in der Phase des Ruhestands. Damit ist auch die Qualität dieses Lebensabschnitts und der gewonnenen Jahre – also die Lebenssituation und -qualität der älteren Bevölkerung – immer stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die mit der Ausweitung der Phase des Ruhestands einhergehende Verlängerung der Rentenbezugsdauer hat andererseits jedoch das auf dem Umlageprinzip beruhende deutsche Rentenversicherungssystem vor erhebliche Finanzierungsprobleme gestellt sowie nicht zuletzt auch die Frage nach einer gerechten Verteilung von Beitragszahlungen und dem Bezug von Leistungen zwischen den Generationen aufgeworfen. Während die Anwälte der jüngeren Generationen – trotz der bereits umgesetzten, auf eine Reduzierung der Leistungen hinauslaufenden Rentenreformmaßnahmen – auf eine in materieller Hinsicht historisch beispiellose Privilegierung der heutigen Rentnergenerationen verweisen, sehen andere das Äquivalenzprinzip zunehmend gefährdet und warnen darüber hinaus vor einer Entwicklung, die dazu führen könne, dass ein wachsender Teil der Rentner sich die gewonnenen Jahre zukünftig nicht mehr leisten könne. Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich die materielle Situation – Einkommen und Konsumausgaben sowie ausgewählte Aspekte des Lebensstandards – der älteren Bevölkerung, insbesondere der Personen im Ruhestand, im Vergleich mit der übrigen Bevölkerung gegenwärtig darstellt und in den zurückliegenden Jahren entwickelt hat. Die Betrachtung richtet sich dabei auch auf die Disparitäten zwischen West- und Ostdeutschland sowie die Ungleichheit innerhalb der älteren Bevölkerung.

Die empirischen Analysen stützen sich primär auf die der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Mikrodatsätze der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) der amtlichen Statistik aus den Jahren 1983, 1993, 1998 und 2003. Aktuellere Daten aus der EVS stehen derzeit nicht zur Verfügung.¹ Die Vorteile dieser Datenbasis für die hier verfolgte Fragestellung bestehen insbesondere in der Größe der Stichprobe und dem Angebot von differenzierten – mit einem Haushaltsbuch über drei Monate ermittelten – Informationen zu Einkommen und Ausgaben sowie dem Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern und Angaben zum Vermögen der privaten Haushalte (vgl. Noll/Weick 2007). Ergänzend zu den Daten der EVS werden teilweise auch Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)² herangezogen, insbesondere aus Gründen der Datenaktualität.

In den nachfolgenden Analysen werden mindestens drei Altersgruppen unterschieden: Personen im Alter ab 65 Jahren – die Alten- bzw. Ruhestandsbevölkerung; Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren – eine Altersgruppe, die sich teilweise bereits im Ruhestand befindet, sowie die 20-54-Jährigen als Kerngruppe der Erwerbsbevölkerung zum Vergleich. Darüber hinaus wird innerhalb der Ruhestandsbevölkerung in verschiedenen Zusammenhängen noch zwischen den ‚jungen Alten‘, den 65-69-Jährigen, sowie den ‚alten Alten‘, Personen im Alter von 70 Jahren und darüber, unterschieden.

Tabelle 1: Indikatoren der materiellen Lebenslage nach Alter und Geschlecht – West- und Ostdeutschland 2003¹

	Haushalts- netto- einkommen	Äquivalenz- einkommen	Relative Einkommens- position ²	Konsum- ausgaben	Äquivalenz- ausgaben	Relative Konsum- position ²	Konsumquote	Vermögen in Euro
Westdeutschland								
<i>Männer</i>								
20-54 Jahre	3340	1850	108	2330	1300	103	78	27620
55-64 Jahre	3330	2070	121	2390	1500	118	83	45230
65-69 Jahre	2600	1770	104	2150	1470	116	92	51980
70 Jahre u. älter	2600	1700	105	2010	1390	110	84	67030
<i>Frauen</i>								
20-54 Jahre	3150	1790	105	2250	1290	102	80	25490
55-64 Jahre	2750	1870	110	2140	1480	117	90	44260
65-69 Jahre	2340	1690	99	1970	1440	114	92	48800
70 Jahre u. älter	2100	1590	93	1600	1220	97	83	49190
Ostdeutschland								
<i>Männer</i>								
20-54 Jahre	2760	1510	88	2010	1110	88	81	17850
55-64 Jahre	2380	1530	89	1900	1230	97	88	25940
65-69 Jahre	2240	1500	88	1910	1280	101	88	36980
70 Jahre u. älter	2290	1550	91	1850	1250	99	84	33590
<i>Frauen</i>								
20-54 Jahre	2540	1430	84	1910	1100	87	83	15710
55-64 Jahre	1860	1350	79	1610	1180	94	93	25050
65-69 Jahre	1910	1420	83	1640	1230	97	91	30130
70 Jahre u. älter	1830	1370	80	1460	1110	88	84	23190
Deutschland Gesamt³	3020	1710	100	2200	1260	100	81	31400

1) Sämtliche Berechnungen ohne unterstellte Miete. 2) Arithmetisches Mittel für Gesamtdeutschland = 100. 3) Einschließlich Personen unter 20 Jahren.

Datenbasis: EVS 2003

Günstige Einkommensposition der älteren Bevölkerung

Tabelle 1 enthält verschiedene Indikatoren für die materielle Lage der Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland differenziert nach Altersgruppen.³ Ein einfaches Maß dafür, wie sich die Einkommensverhältnisse einer bestimmten Bevölkerungsgruppe im Vergleich zu anderen darstellen, ist die in Prozent des arithmetischen Mittels der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der gesamten Bevölkerung (1710 Euro = 100) ausgedrückte relative Einkommensposition.⁴ Betrachtet man die Befunde für das Jahr 2003, so stehen Westdeutsche durchgängig besser da als Ostdeutsche und Männer besser als Frauen. Was die Situation der unterschiedenen Altersgruppen angeht, so ist für Westdeutschland festzustellen, dass die 55-64-Jährigen jeweils die höchste Einkommensposition – 121% bei den Männern und 110% bei den Frauen – erreichen. Für die Population der westdeutschen Männer liegt die relative Einkommensposition der über 64-Jährigen nur knapp unter derjenigen der 20-54-Jährigen. Bei den Frauen befinden sich die Älteren, insbesondere Personen ab 70 Jahren, dagegen in einer etwas schlechteren Position als die nächst jüngere Vergleichsgruppe. In Ostdeutschland nehmen die Männer in den oberen Altersgruppen die höchsten relativen Einkommenspositionen ein, während die älteren ostdeutschen Frauen in etwa gleich oder etwas schlechter gestellt sind als die 20-54-Jährigen.

Verschlechterung der relativen Einkommensposition der 20-54-Jährigen im Zeitverlauf

Um Veränderungen der Einkommensrelationen zwischen den verschiedenen Altersgruppen im Zeitverlauf beobachten zu können, wurden in einem weiteren Analyseschritt relative Einkommenspositionen berechnet, die sich auf die jeweiligen durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen in West- und Ostdeutschland beziehen (Grafik 1). Die Datenbasis, auf die dabei zurückgegriffen wird, ist das Sozio-oekonomische Panel, das aktuellere Daten bietet und mit dem die Entwicklung in Westdeutschland über den Zeitraum von 1984 bis 2006 und in Ostdeutschland von 1992 bis 2006 betrachtet werden kann. Der Indikator verdeutlicht, dass sich die relative Einkommensposition der 20-54-Jährigen in West- und Ostdeutschland im Zeitverlauf verschlechtert, die der älteren Bevölkerung sich dagegen kontinuierlich verbessert hat, sieht man von einer leichten Verschlechterung der Einkommensposition der über 64-Jährigen am Ende der Beobachtungsperiode ab. Während die Verbesserung der Einkommensposition der Älteren in Ostdeutschland primär in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu beobachten war, setzte sie in Westdeutschland erst in der Mitte der 1990er Jahre ein. In beiden Landesteilen befinden sich die 55-64-Jährigen in der besten Lage, gefolgt von den 20-54-Jährigen und der Ruhestandsbevölkerung im Alter von 65 Jah-

ren und darüber. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind in Westdeutschland ausgeprägter als in Ostdeutschland.

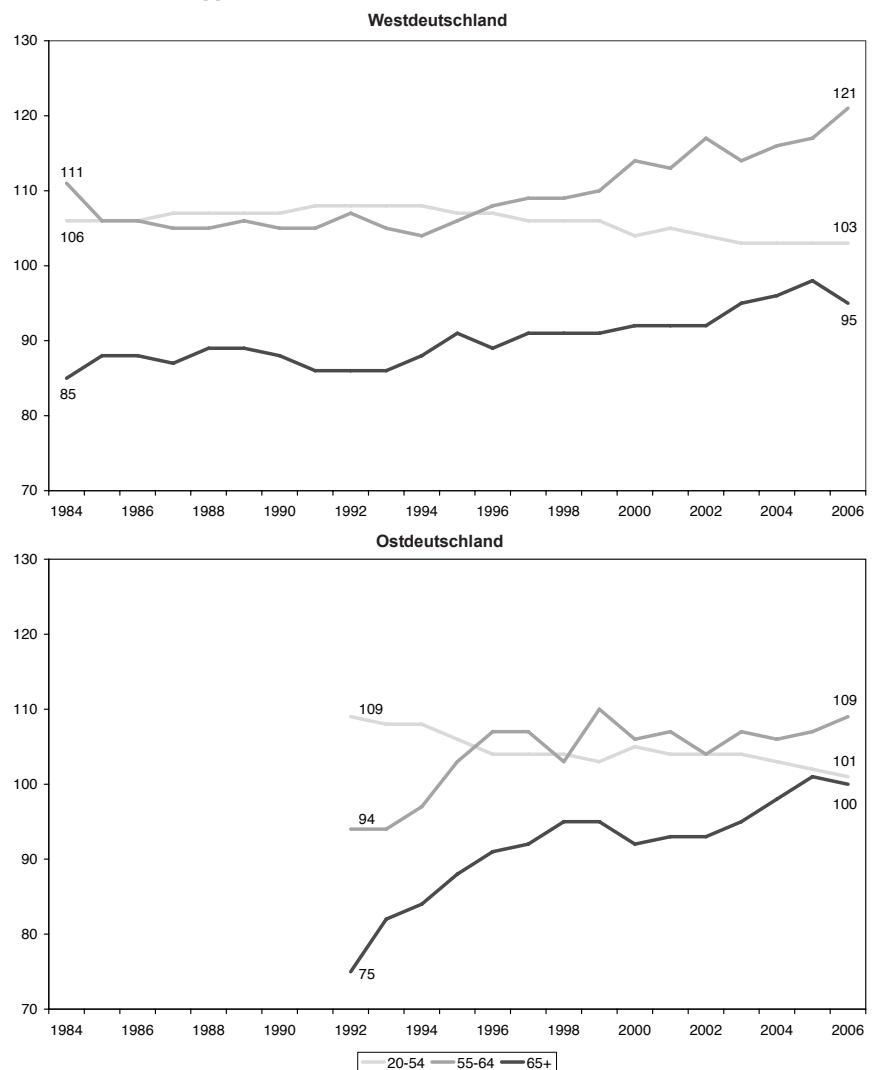
In Ostdeutschland starke Konzentration der Alterseinkommen auf Renteneinkünfte, in Westdeutschland Mischung verschiedener Einkommensarten

Wie verschiedene Studien ergeben haben (u.a. Bieber 2004), setzen sich auch die Einkommen älterer Menschen vielfach aus verschiedenen Einkommensarten zusammen. Betrachtet man zunächst die individuellen Einschätzungen zur hauptsächlichen Einkommensquelle (Grafik 2), so zeigt sich, dass Renteneinkünfte für eine große Mehrheit der Altenbevölkerung in Ostdeutschland – 98% der Männer und 95% der Frauen – die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts darstellen. In Westdeutschland spielen dagegen neben Renten auch Pensionen und sonstige Einkünfte, wie z.B. Kapitaleinkommen, sowie für Frauen auch der Unterhalt durch den Partner für beachtli-

che Anteile der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber als überwiegende Quelle des Lebensunterhalts noch eine maßgebliche Rolle. In der Altersgruppe der 55-64-Jährigen geben in Westdeutschland 35% der Männer (in Ostdeutschland 36%) und 29% der Frauen (in Ostdeutschland sogar 54%) eine Rente oder Pension als überwiegende Quelle des Lebensunterhalts an.

Welchen Beitrag leisten nun die einzelnen Einkommensarten zum gesamten Einkommen der Haushalte? Betrachtet man die Zusammensetzung der Haushaltsbruttoeinkommen in der Altenbevölkerung (Tabelle 2), so entfielen 2003 in Westdeutschland im Durchschnitt 55% auf Renten, 10% auf Pensionen, 4% auf Werks- und Betriebsrenten, 7% auf Kapitaleinkünfte und 17% auf sonstige öffentliche Transferleistungen. In Ostdeutschland machen Renteneinkünfte dagegen durchschnittlich 84% der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen aus; alle anderen Einkommensarten spielen hier nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Grafik 1: Entwicklung der ost-west-spezifischen Einkommenspositionen¹ nach Altersgruppen



¹ Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (ohne unterstellte Miete); arithmetisches Mittel für Westdeutschland = 100 bzw. für Ostdeutschland = 100.

Datenbasis: SOEP 1984-2006

Tabelle 2: Anteil verschiedener Einkommensarten am Haushaltsbruttoeinkommen¹

	Einkommen aus						
	Erwerbs- tätigkeit	Vermögen	Öffentlichen Transfers	Darunter: Renten	Pensionen	Nicht öffentlichen Transfers	Darunter: Werks-/ Betriebs- renten
<i>Westdeutschland</i>							
20-54 Jahre	75	3	17	2	1	5	0
55-64 Jahre	40	6	49	24	7	6	2
65 Jahre u. älter	5	7	82	55	10	6	4
Insgesamt ²	53	4	37	18	4	5	1
<i>Ostdeutschland</i>							
20-54 Jahre	68	2	26	3	0	4	0
55-64 Jahre	31	3	63	42	0	3	0
65 Jahre u. älter	3	4	92	84	0	1	0
Insgesamt ²	47	2	47	29	0	3	0

1) Sämtliche Berechnungen ohne unterstellte Miete; arithmetisches Mittel der Anteile auf Personenebene. 2) Enthält Personen unter 20 Jahren.

Datenbasis: EVS 2003

Hohes Niveau von Konsumausgaben und Vermögen unterstreicht günstige materielle Situation der derzeitigen älteren Bevölkerung

Der Befund einer vergleichsweise günstigen materiellen Situation der älteren Bevölkerung, der sich aus der Untersuchung der Einkommensverhältnisse ergeben hat, bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Konsumausgaben. Die äquivalenzgewichteten Verbrauchsausgaben der höheren Altersgruppen übersteigen die der 20-54-Jährigen fast durchgängig (Tabelle 1). Die höchsten Ausgabepositionen werden von der Altersgruppe der 55-69-Jährigen erreicht, die nicht nur über eine hohe Kaufkraft verfügt, sondern sich offenbar auch einen hohen Lebensstandard leistet. Dabei deuten unsere Analysen darauf hin, dass in der älteren Bevölkerung im Zeitverlauf insofern ein Verhaltenswandel zu beobachten ist, als heute – anders als in der Vergangenheit – das gewohnte Lebensniveau auch nach dem Übergang in den Ruhestand und damit vielfach verbundenen Einkommensverlusten aufrechterhalten wird. Hinweise darauf geben neben den hohen Ausgabenniveaus auffällig hohe Anteile – bis zu 29% – von ‚overspenders‘, d.h. Personen, deren Ausgaben die laufenden Einkommen übersteigen. Ermöglicht wird die Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensniveaus vor allem durch den Rückgriff auf vorhandene Ersparnisse.

Neben den Haushaltseinkommen und -ausgaben ist für die Beurteilung der materiellen Lebensverhältnisse auch das vorhandene Vermögen von Bedeutung, wobei in diesem Zusammenhang nur liquide Vermögensbestandteile³ betrachtet werden, auf die bei Bedarf als Quelle der Finanzierung verschiedenster Ausgaben zurückgegriffen werden kann. In Westdeutschland nimmt das liquide Haushaltsvermögen mit dem Alter kontinuierlich zu und beläuft sich in der höchsten Altersgruppe der über 69-Jährigen 2003 auf 67.000 Euro bei den Männern und 49.200 Euro bei den

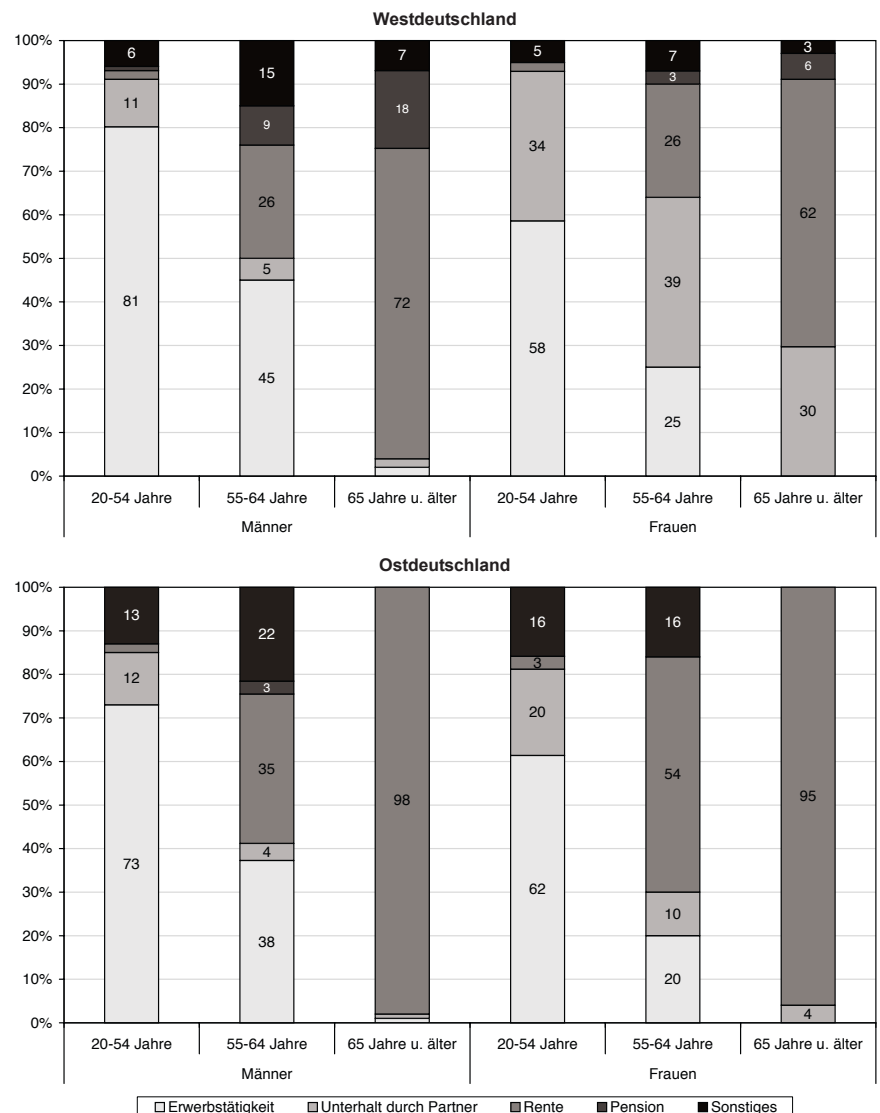
Frauen. In Ostdeutschland nimmt das liquide Vermögen ebenfalls zunächst mit dem Alter zu, erreicht das höchste Niveau aber in der Gruppe

der 65-69-Jährigen und geht danach wieder leicht zurück. Dabei zeigen sich nach wie vor beachtliche Niveauunterschiede im Vergleich zu Westdeutschland.

Einkommensungleichheit in der Ruhestandsbevölkerung in Westdeutschland größer als in der Erwerbsbevölkerung

Die materielle Lebenssituation der Altenbevölkerung ist keineswegs homogen, sondern durch beachtliche Disparitäten gekennzeichnet. Neben bereits angesprochenen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und den Unterschieden zwischen den jüngeren und älteren Alten gibt es innerhalb der Ruhestandsbevölkerung vor allem auch ein hohes Maß an sozio-ökonomischer Ungleichheit. Zieht man den Gini-Index als zusammenfassendes Ungleichheitsmaß heran, sind die Haushaltseinkommen in der Altersgruppe ab 65 Jahren in Westdeutschland sogar ungleicher verteilt als in der Gruppe der 20-54-Jährigen. In Ostdeutschland stellen sich die Haushaltseinkommen der Ruhestandsbevölkerung dagegen deutlich homogener dar als in der Kernaltersgruppe der Erwerbstä-

Grafik 2: Überwiegender Lebensunterhalt nach Altersgruppen



Datenbasis: EVS 2003

Tabelle 3: Gini-Index der Haushaltsnettoeinkommen¹ 2003 nach Altersgruppen

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Einkommen	Einkommen
20-54 Jahre	.274	.244
55-64 Jahre	.309	.242
65 Jahre u. älter	.284	.177
Gesamt ²	.276	.228

1) Äquivalenzgewichtet mit modifizierter OECD-Skala. 2) Einschließlich Personen unter 20 Jahren.

Datenbasis: EVS 2003

tigen und sind zudem auch weitaus weniger ungleich verteilt als in der westdeutschen Vergleichspopulation. Als Ursache dafür kommt vor allem in Betracht, dass sich die Einkommen der Ruhestandsbevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern viel stärker als in Westdeutschland auf Renteneinkünfte konzentrieren und letztere aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und der größeren Homogenität der ostdeutschen Erwerbsbiographien zudem eine geringere Streuung aufweisen als in Westdeutschland. Dass die Haushaltseinkommen in beiden Landesteilen in der Gruppe der 55-64-Jährigen eine überdurchschnittliche Ungleichverteilung aufweisen, erscheint angesichts der besonderen Heterogenität dieser Altersgruppe, die neben den Noch-Erwerbstätigen auch beachtliche Anteile von Personen umfasst, die bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, kaum überraschend.

Drastische Niveauunterschiede und wachsende Kluft in den materiellen Lebensverhältnissen zwischen Rentnern und Pensionären

Besonders markant sind die Unterschiede in den materiellen Lebensverhältnissen im Alter zwischen den Beziehern von Renten und Pensionen. Das gilt nicht nur für das derzeitige Lebensniveau, sondern auch für die Entwicklung über die Zeit, insbesondere im Hinblick auf die Einkommensverhältnisse.

Während Rentner im Jahre 2003 in Westdeutschland eine relative Einkommensposition von lediglich 84% des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens der Gesamtbevölkerung erreichen, beläuft sich die entsprechende Einkommensposition der Pensionäre auf 145%.¹⁶ Diese drastischen Niveauunterschiede scheinen weniger durch Strukturdifferenzen zwischen den betrachteten Personengruppen, die ebenfalls eine gewisse Rolle spielen, als durch Leistungsunterschiede zwischen den beiden Sicherungssystemen bedingt zu sein. Dafür spricht unter anderem der Befund, dass die ermittelten Differenzen auch dann weitgehend erhalten bleiben, wenn das unterschiedliche Bildungsniveau von Rentnern und Pensionären berücksichtigt wird.

Betrachtet man die Entwicklung über die Zeit, so hat sich die Einkommensposition der Rentner im Vergleich von 1983 und 2003 nur unwesentlich von 80 auf 84% verbessert, die Einkommensposition der Pensionäre im glei-

chen Zeitraum dagegen von 114 auf 145%, d.h. der Abstand hat sich von 34 Prozentpunkten im Jahr 1983 auf 61 Prozentpunkte im Jahr 2003 drastisch vergrößert.⁷ Die deutlichen Niveauunterschiede und die starke Auseinanderentwicklung der materiellen Lage von Rentnern und Pensionären zeigen sich in ähnlicher Weise, wenn statt relativen Einkommenspositionen relative Ausgabepositionen als Indikator herangezogen werden. Die vorliegenden Befunde rechtfertigen daher den Schluss, dass die derzeitige vergleichsweise gute materielle Lage der Altenbevölkerung zu einem beachtlichen Teil durch die besonders privilegierte Situation der Pensionäre bestimmt wird und es insofern dringend geboten erscheint, in der öffentlichen Diskussion viel stärker zwischen der Lage von Rentnern und Pensionären zu differenzieren als dies in der Regel geschieht.

Gute Wohnungsversorgung im Alter

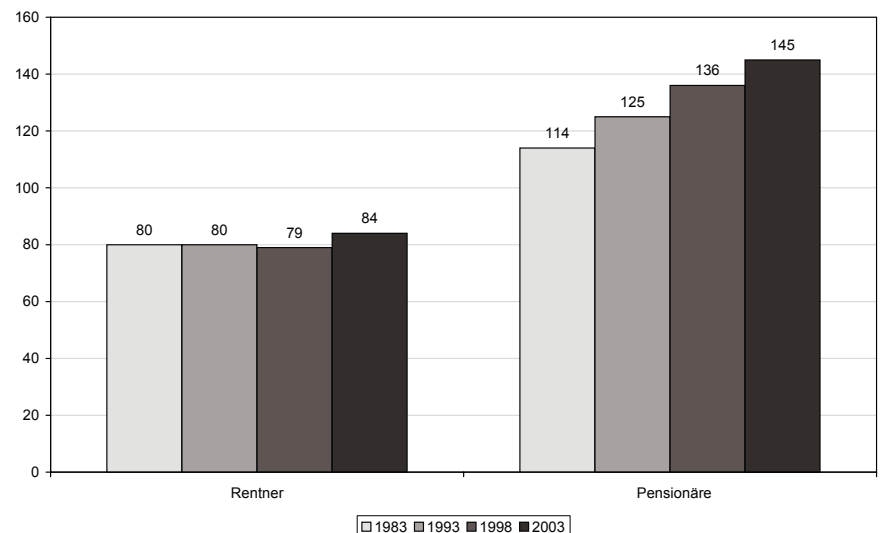
Ein zentraler Aspekt der materiellen Lage ist die Wohnsituation. 2003 lebten 57% der Westdeutschen und 40% der Ostdeutschen in einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung (Tabelle 4).⁸ In Westdeutschland ist der Eigentümeranteil mit 65% in der Gruppe der 55-64-Jährigen am höchsten und sinkt danach wieder auf 54% bei den Personen ab 65 Jahren. In dieser Altersgruppe nimmt nicht nur der

Anteil der Mieter wieder zu, sondern es findet sich auch ein Personenanteil von immerhin acht Prozent, der mietfrei in einem Haus oder einer Wohnung lebt, die sich nicht im eigenen, aber im Besitz der Familie befindet. Offenbar ist es so, dass durchaus nennenswerte Anteile von Personen in dieser Alterskategorie das zuvor selbst besessene Haus oder die Wohnung bereits zu Lebzeiten an Kinder oder sonstige Familienangehörige übereignet haben.

Wie auch aus früheren Untersuchungen bekannt ist, nimmt die Größe der pro Person zur Verfügung stehenden Wohnfläche vor allem in Westdeutschland mit dem Alter deutlich zu und erreicht in der Gruppe der 65-Jährigen und älteren einen Maximalwert von 60 qm. Die weit überdurchschnittliche Wohnflächenversorgung der Älteren ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass große Wohnungen vielfach auch bei sich deutlich verringernden Haushaltsgrößen beibehalten werden. In Ostdeutschland ist ebenfalls eine vergleichsweise günstige Wohnflächenversorgung der älteren Bevölkerung festzustellen, allerdings liegt der entsprechende Wert hier nur leicht über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der gesamten Verbrauchsausgaben, die auf Ausgaben für die Wohnung entfallen, steigen in West- und Ostdeutschland mit zunehmendem Alter auf ca. 25% in der Altersgruppe ab 65 Jahren an.

Verfügung über moderne Kommunikationsmittel nimmt mit steigendem Alter ab

Prägend für die materielle Lage und den Lebensstandard ist schließlich auch der Besitz von bestimmten langlebigen Gebrauchsgütern, wobei sich die Auswahl hier auf solche beschränkt, die im Hinblick auf die Mobilitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten – beides zentrale Dimensionen der Lebenssituation im Alter – von Relevanz sind.

Grafik 3: Relative Einkommensposition¹ von Rentnern und Pensionären in den alten Bundesländern

1) Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (ohne unterstellte Miete); arithmetisches Mittel für Westdeutschland = 100.

Datenbasis: EVS 1983-2003

Tabelle 4: Wohnsituation nach Altersgruppen

	Eigentümer	Mieter	Mietfrei im Familienbesitz	Ausgaben für Wohnen als Anteil an allen Konsumausgaben	Wohnfläche pro Person	Anzahl der Personen im Haushalt
	%			Ø		
<i>Westdeutschland</i>						
20-54 Jahre	52	46	3	22	42	2,8
55-64 Jahre	65	33	3	23	57	2,0
65 Jahre u. älter	54	38	8	25	60	1,8
Insgesamt ¹	57	40	4	22	45	2,8
<i>Ostdeutschland</i>						
20-54 Jahre	43	54	3	24	36	2,7
55-64 Jahre	36	63	2	27	44	1,9
65 Jahre u. älter	24	73	3	27	43	1,8
Insgesamt ¹	40	57	3	25	37	2,6

1) Einschließlich Personen unter 20 Jahren.

Datenbasis: EVS 2003

Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, verfügen große Teile der Bevölkerung bis ins hohe Alter in ihrem Haushalt über einen PKW und bleiben daher mobil. Dieser Anteil beträgt in der männlichen Bevölkerung im Alter bis unter 70 Jahren in West und Ost gleichermaßen ca. 90%. Frauen verfügen schon bei den 65-69-Jährigen zu einem deutlich geringeren Anteil – in Westdeutschland 80%, in Ostdeutschland 62% – über einen PKW. Für die alten Alten verringert sich der Anteil auf 84% (West) bzw. 77% (Ost) bei den Männern und 60% (West) bzw. 45% (Ost) bei den Frauen.

Ausgeprägte Altersgradienten sind gegenwärtig noch hinsichtlich des Besitzes moderner Kommunikationsmittel zu beobachten: Die Anteile derjenigen, die über ein Mobiltelefon,

einen PC oder einen Internetanschluss verfügen, nehmen mit steigendem Alter deutlich ab. Anders als in der Gruppe der 20-54-Jährigen sind diesbezüglich zudem beachtliche geschlechtsspezifische Differenzen festzustellen: Ältere Frauen verfügen deutlich seltener über derartige Kommunikationsmittel als ältere Männer.

Verschlechterung der materiellen Lage der Altenbevölkerung absehbar

Alles in allem hat die vorliegende Studie ergeben, dass die derzeitige Ruhestandsbevölkerung im Durchschnitt über einen hohen Lebensstandard verfügt und sich die materielle Lebenslage der älteren und alten Menschen bis zur Mitte dieses Jahrzehnts stetig verbessert hat.

Das gilt besonders auch für die Alten in den ostdeutschen Bundesländern. Allerdings ist die materielle Lebenssituation der Altenbevölkerung keineswegs homogen, sondern durch ein beachtliches Ausmaß von Ungleichheit gekennzeichnet. Insbesondere ist dabei auf die – wie unsere Analysen ergeben haben – drastischen Unterschiede in der materiellen Lage von Rentnern und Pensionären zugunsten der Pensionäre zu verweisen, die in der öffentlichen Diskussion über die Einkommensverhältnisse und Lebensbedingungen der älteren Bevölkerung bisher zumeist unbeachtet geblieben sind.

In den präsentierten Befunden zur materiellen Lage der Altenbevölkerung schlagen sich die bereits in Kraft gesetzten Reformmaßnahmen, die zu einem erheblichen Teil Rentenkürzungen zur Folge haben werden (z.B. Erhöhung des Renteneintrittsalters, Nachhaltigkeitsfaktor, nachgelagerte Besteuerung, Wegfall der Anrechnung von Hochschulzeiten), noch nicht oder erst teilweise nieder, so dass eine zukünftige Verschlechterung der materiellen Lebenssituation der älteren Bevölkerung schon heute absehbar ist. Auch die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die für nicht unerhebliche Bevölkerungsanteile mit längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Beschäftigung in niedrig entlohnten Arbeitsverhältnissen verbunden sind, werden sich tendenziell in verringerten Alterseinkommen niederschlagen. Erste Zeichen einer Verschlechterung der materiellen Lage der Alten scheinen sich bereits mit dem Absinken ihrer relativen Einkommensposition am Ende der Beobachtungsperiode (2006) anzudeuten. In jedem Falle ist davon auszugehen, dass sich die gute materielle Lage der derzeitigen Ruhestandsbevölkerung als exzeptionell erweisen und in der Zukunft keinen Bestand haben wird. Vielmehr wird die materielle Unterversorgung im Alter mit großer Wahrscheinlichkeit wieder an Bedeutung gewinnen und zunehmende Teile der Bevölkerung betreffen. Schon deshalb ist es erforderlich, die weitere Entwicklung der Verhältnisse durch ein kontinuierliches Monitoring sorgfältig zu beobachten.

- 1 Die nächste Erhebung der EVS ist für das Jahr 2008 geplant.
- 2 Die Daten für diesen Beitrag wurden zum Teil auf Basis der SOEP-Datenbank des DIW Berlin (<http://www.diw.de/soep>) unter Verwendung des Add-On-Pakets PanelWhiz (<http://www.PanelWhiz.eu>) für STATA® aufbereitet (vgl. Haisken-DeNew/Hahn (2006)).
- 3 Fiktive Einnahmen durch unterstellte Mieteinnahmen von Wohnungs-/Hauseigentümern und mietfrei wohnenden Personen (imputed rent) sind in den vorgestellten Analysen nicht berücksichtigt, da der unterstellte Wert gerade bei hoher Restschuld von Hypotheken als zu hoch bzw. die Wertermittlung auch methodisch problematisch erscheint und damit zu Verzerrungen führen kann. In den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Tabelle 5: Besitz von Gebrauchsgütern im Haushalt

	PKW	PC	Internetanschluss	Mobiltelefon
<i>Westdeutschland</i>				
Männer				
20-54 Jahre	90	87	74	89
55-64 Jahre	91	70	56	80
65-69 Jahre	89	48	35	66
70 Jahre u. älter	84	31	22	54
Frauen				
20-54 Jahre	88	84	69	88
55-64 Jahre	86	58	43	70
65-69 Jahre	80	37	25	59
70 Jahre u. älter	60	21	14	39
<i>Ostdeutschland</i>				
Männer				
20-54 Jahre	91	83	66	89
55-64 Jahre	92	63	44	77
65-69 Jahre	88	42	30	70
70 Jahre u. älter	77	31	18	63
Frauen				
20-54 Jahre	86	81	63	87
55-64 Jahre	73	49	30	63
65-69 Jahre	62	28	16	58
70 Jahre u. älter	45	20	12	42

Datenbasis: EVS 2003

- sind „unterstellte Mieten“ üblicherweise sowohl auf der Einkommens- als auch auf der Ausgabenseite enthalten. Die zentralen Ergebnisse der hier präsentierten Studie bestätigen sich allerdings auch unter Einschluss einer ‚imputed rent‘.
- 4 Durch die Äquivalenzgewichtung wird die Vergleichbarkeit von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur gewährleistet. Für die Berechnung von Äquivalenzeinkommen und -ausgaben wird die so genannte modifizierte OECD-Skala verwendet. Dabei werden den verschiedenen Haushaltsmitgliedern folgende Gewichte zugeordnet: 1. Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
 - 5 Berücksichtigt werden dabei das vorhandene Geldvermögen sowie Aktien und sonstige Wertpapiere.
 - 6 Die Betrachtung beschränkt sich an dieser Stelle wegen des immer noch geringen Anteils von Pensionären in den ostdeutschen Bundesländern auf Westdeutschland. Die Klassifizierung in Rentner und Pensionäre erfolgte auf der Grundlage der Angaben

zu einer EVS-Frage (2003, Nr. 1, 8) nach der sozialen Stellung, die diese beiden Antwortkategorien beinhaltet.

- 7 In einer Studie, die Niveau und Entwicklung von Renten und Pensionen vergleichend untersucht, hat der Ökonom Winfried Fuest kürzlich ebenfalls festgestellt, dass die Kluft zwischen Rentnern und Pensionären größer geworden und das Alterseinkommen eines durchschnittlichen Pensionärs heute bereits fast doppelt so hoch sei wie das eines ‚Standardrentners‘ (Fuest 2007; Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007).
- 8 Das entspricht 48% der Haushalte in Westdeutschland und 31% der Haushalte in Ostdeutschland.

Bieber, Ulrich, 2004: Nicht nur die Rente bestimmt das Einkommen im Alter. Ergebnisse zur monetären Alterssicherung in Deutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 31: 12-15.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2007: Pensionäre in ‚grob ungerechtem Ausmaß‘ bevorteilt. 28. November 2007. FAZNET, Wirtschaft.

Fuest, Winfried, 2007: Die Pensionswelle rollt – noch lange nicht genug gespart! Eine Studie von Professor Dr. Winfried Fuest für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (www.insm-tagebuch.de/wp-content/uploads/2007/11/231107-pensionslawine-final.pdf).

Haisken-DeNew, John P., Hahn, Markus, 2006: PanelWhiz: A Flexible Modularized Stata Interface for Accessing Large Scale Panel Data Sets. mimeo (www.PanelWhiz.eu).

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2007: Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 37: 1-6.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS-ZUMA**

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

EU fordert neue Generationengerechtigkeit

Europäischer Sozialbericht 2005/2006 erschienen

Der Social Situation Report der Europäischen Kommission wird seit dem Jahr 2000 jährlich veröffentlicht und soll die öffentliche Debatte über die Sozialpolitik mit Zahlen und Analysen unterstützen. Der jüngste Bericht erschien mit einiger Verzögerung im Jahr 2007 und bezieht sich auf die Jahre 2005/2006. Der Sozialbericht gliedert sich in zwei Teile: der erste Teil widmet sich der vertieften Analyse eines ausgesuchten Themenbereichs; der zweite Teil besteht aus statistischen Portraits mit ausgewählten Schlüsselindikatoren für alle Bereiche der Sozialpolitik: Wirtschaft, Bevölkerung, Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialschutz, Einkommen und Armut, Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie Gesundheit und Sicherheit.

Das Thema des Berichts „Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005/2006“ ist das „Gleichgewicht zwischen den Generationen im alternden Europa“. Er nimmt damit die Debatte auf, die durch das Grünbuch der Kommission „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ angestoßen wurde. Die demografische Herausforderung, die sich aus der weiterhin steigenden Lebenserwartung und den anhaltend niedrigen Geburtenraten ergibt, hat nicht nur in Europa Auswirkungen auf alle Sozialsysteme. Zudem nimmt mit den niedrigen Geburtenraten das Innovationspotential durch junge Generationen ab. Zur Sicherung der Zukunft wird daher eine neue Generationengerechtigkeit gefordert, die junge Menschen unterstützt, Familien stärker

fördert und ältere Generationen ermuntert, länger aktiv zu bleiben.

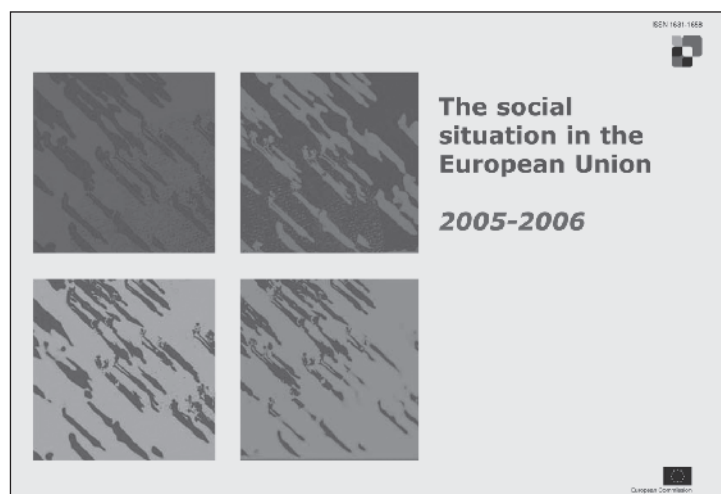
Im Bericht wird insbesondere die Situation von Familien thematisiert, die einen erheblichen Einfluss auf die Geburtenrate hat. In vielen Ländern kommt der finanziellen Benachteiligung von Familien zentrale Bedeutung zu, auch wenn diese durch sozialpolitische Umverteilungen teilweise abgemildert wird. Neben dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum erweist sich die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen oft als problematisch. Aber auch generell behindert die mangelnde Realisierung gleicher Chancen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt

in vielen Ländern die Familiengründung. An diesen Punkten sind die Regierungen der Mitgliedsländer gehalten, für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und ein familienfreundlicheres Klima zu sorgen.

Der aktuelle Sozialbericht und alle vorigen Ausgaben sowie das Grünbuch und damit in Zusammenhang stehende Dokumente werden unter http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/socsit_de.htm zum Download angeboten.

■ **Angelika Scheuer, GESIS-ZUMA**

Tel.: 0621 / 1246-249
angelika.scheuer@gesis.org



Solidarität wird an Gegenleistung geknüpft

Zur Inklusionsbereitschaft der Deutschen gegenüber Zuwanderern

Angesichts der wachsenden Bedrohung der Sozialsysteme durch die Überalterung der Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Notwendigkeit von Zuwanderung hingewiesen. Allerdings kann die Integration der Migranten in die Sozialsysteme selbst Probleme aufwerfen, so zum Beispiel Finanzierungs- und Legitimationsprobleme. Dies gilt vor allem, wenn Zuwanderung bedeutet, dass Migranten überdurchschnittlich häufig von sozialstaatlicher Unterstützung abhängig sind oder wenn sie in großen Teilen der Bevölkerung vor allem als Nutznießer der Sozialsysteme angesehen werden. Daher steht die Politik vor der Aufgabe, angemessene Inklusionsstrategien für zuwandernde Gruppen zu entwickeln, um einerseits die wachsende Zahl an Zuwanderern in geeigneter Weise sozial abzusichern, zum anderen aber auch die wohlfahrtsstaatliche Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und die Solidaritätsbereitschaft der Bevölkerung nicht zu überfordern. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die deutsche Bevölkerung auf die Inklusion der Zuwanderer in den Wohlfahrtsstaat reagiert und ob es Vorbehalte gegen eine vollständige Einbeziehung und einen gleichberechtigten Status von Ausländern gibt. Es ist durchaus denkbar, dass die Bürger im Hinblick auf die wohlfahrtsstaatliche Leistungszumessung eine Unterscheidung entsprechend des Aufenthaltsstatus oder der im Erwerbsleben geleisteten Steuern und Sozialbeiträge unterstützen. Ein gleichberechtigter Zugang zu staatlichen Leistungen könnte von der autochthonen Bevölkerung als ungerecht empfunden werden und zu wachsenden Ressentiments gegenüber Ausländern und zu einem Legitimationsverlust des Wohlfahrtsstaats führen. Daher soll in diesem Beitrag der Frage nachgegangen werden, inwiefern die deutsche Bevölkerung die Inklusion von Ausländern begrüßt und welches die Bedingungen sind, von denen die Inklusionsbereitschaft abhängt.

In einer im Auftrag der Universität Bremen durchgeführten Umfrage¹ wurde die deutsche Wohnbevölkerung (Stichprobengröße N=1000) telefonisch zu ihren Einstellungen zu aktuellen Themen sozialer Gerechtigkeit befragt. Kern des Surveys „Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat“ waren Fragen zu den Pflichten, die Leistungsempfänger im Gegenzug für den Erhalt von Sozialleistungen erfüllen sollten, zur Bewertung der Folgen steigender sozialer Diversität, aber auch zur Bewertung von neuen Sicherungsmodellen zur Förderung schutzbedürftiger sozialer Gruppen. In unserem Beitrag sollen zunächst allgemeine Einstellungen gegenüber Ausländern und die Wahrnehmungen der Effekte von Zuwanderung vorgestellt werden, da diese unmittelbar mit der Frage nach der Inklusion in die Sozialsysteme im Zusammenhang stehen.² Im Hauptteil geht es um die Frage, wie die Beiträge der Zuwanderer zum Wohlfahrtsstaat eingeschätzt werden, da die Wahrnehmung der Zuwanderer als „Kostenfaktor“ verstärkte Verteilungskonflikte hervorrufen kann: Werden Ausländer hauptsächlich als diejenigen angesehen, die zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beitragen, oder eher als Nutznießer und damit als Verursacher höherer Kosten? Anschließend überprüfen wir die Bereitschaft der Befragten zur Gewährung von Sozialleistungen an Zuwanderer, indem wir uns den Voraussetzungen zum Leistungserhalt für Zuwanderer zuwenden. Wie wird die Inklusion von Zuwanderern in das Sozialsystem bewertet? Gibt es eine Präferenz für eine rechtliche und soziale Gleichstellung von Zuwanderern

oder werden seitens der Befragten vielmehr Unterschiede zwischen einheimischer und „fremder“ Bevölkerung gemacht?

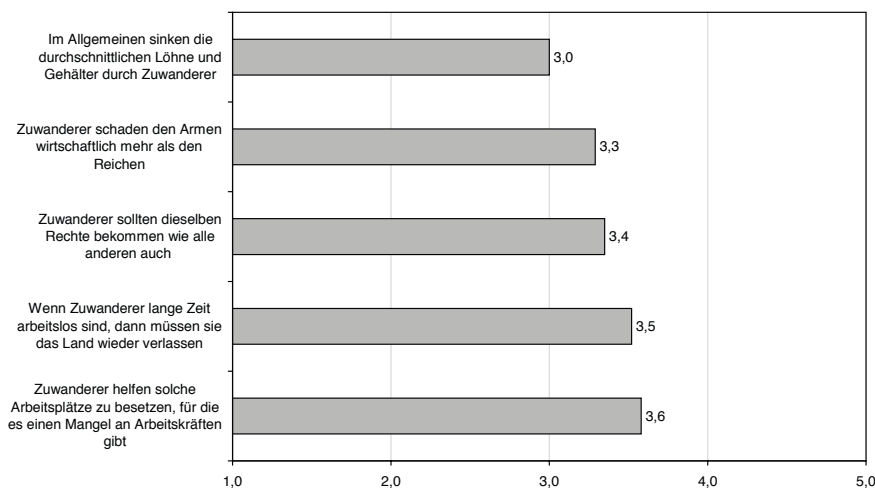
Ausländer überproportional auf staatliche Unterstützung angewiesen

Ohne Zweifel ist Deutschland ein Einwanderungsland. Der Zuwanderungsstrom nach Deutschland bewegte sich in den vergangenen Dekaden seit den sechziger Jahren auf hohem Niveau, jedoch ging die Netto-Migrationsrate

in den letzten Jahren von ca. 316.000 Menschen im Jahr 1994 auf 82.000 Zuwanderer im Jahr 2004 zurück (European Commission 2007). Der Ausländeranteil in Deutschland verbleibt aber, nicht zuletzt aufgrund des weiterhin positiven Wanderungssaldos bei der ausländischen Bevölkerung, seit Mitte der 90er Jahre nahezu konstant bei 8,8 Prozent. Mit der Zuwanderung ist auch ein Wachstum des Anteils der Ausländer verbunden, die auf die Unterstützung durch Sozialleistungen angewiesen sind: Im Jahr 2004 lag der Anteil an ausländischen Sozialhilfeempfängern in Deutschland bei 8,7 Prozent. Für die deutsche Bevölkerung wurde im selben Jahr eine Sozialhilfequote von 3,0 Prozent ausgewiesen (Statistisches Bundesamt 2006). Die Ursachen für diese unterschiedliche Abhängigkeit von staatlichen Transfers sind vor allem in strukturellen Nachteilen von Migranten am Arbeitsmarkt zu suchen, die durch Unterschiede insbesondere bezüglich Bildung und beruflicher Qualifikation, aber auch durch Formen der Diskriminierung hervorgerufen werden. In unseren Daten sind es 13,3 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund, die staatliche Transferleistungen wie Wohngeld, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld erhalten, während der Anteil deutscher Sozialleistungsempfänger lediglich bei 8,8 Prozent liegt. Die verstärkte Abhängigkeit von Sozialtransfers spiegelt sich auch in den Armutsstatistiken wider. Die Armutsquote verdeutlicht die materielle Schlechterstellung der Migranten. Im Jahr 2003 lag die Armutsquote von Zuwanderern bei 23 Prozent, während im selben Zeitraum nur 14 Prozent der Deutschen als arm galten (Tucci/Wagner 2005). Gleichzeitig muss man sagen, dass Ausländer in vielen Sozialsystemen deutlich weniger Ansprüche geltend machen können als die Gruppe der Deutschen und sich größeren Schwierigkeiten bei der Durchsetzung eigener Anspruchsrechte gegenübersehen.

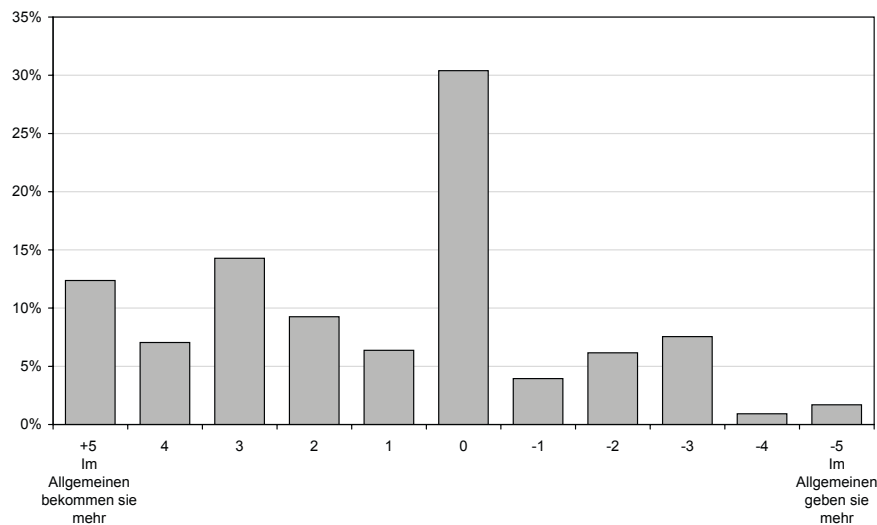
Es stellt sich die Frage, ob die deutsche Bevölkerung als Reaktion auf die Nachfrage von Sozialleistungen durch Zuwanderer zunehmend

Grafik 1: Einstellungen gegenüber Zuwanderern, 2007



Mittelwerte auf einer 5er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 5 = stimme voll und ganz zu.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

Grafik 2: Bewertung des Beitrags der Zuwanderer zur Finanzierung des Sozialsystems, 2007

Fragetext: „Die meisten Zuwanderer, die hierher kommen, arbeiten und zahlen Steuern. Sie nehmen außerdem das Gesundheitssystem und Sozialleistungen in Anspruch. Wenn Sie abwägen, denken Sie, dass Zuwanderer mehr bekommen als sie geben, oder mehr geben, als sie bekommen?“ +5 = im Allgemeinen bekommen sie mehr, -5 = im Allgemeinen geben sie mehr.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

dass Zuwanderer den Armen wirtschaftlich mehr schaden als den Reichen. Zudem wird die Ausreisepflicht für langzeitarbeitslose Zuwanderer relativ stark befürwortet. Als mögliche Erklärung hierfür können Ängste um drohende wirtschaftliche und materielle Verluste angeführt werden, so durch zusätzliche Kosten, die die Allgemeinheit zur Unterstützung dieser Gruppen tragen muss. Der Blick auf Zuwanderung ist immer dann positiv, wenn diese die wirtschaftliche Dynamik ankurbelt oder wenn Ausländer ungeliebte Jobs annehmen. Sind sie auf Unterstützung angewiesen, wie bei langanhaltender Arbeitslosigkeit, schwindet die positive Haltung.

Beitrag der Ausländer zur Finanzierung des Sozialstaates wird als zu gering angesehen

Es steht zu vermuten, dass die Bereitschaft den Ausländern soziale Rechte zuzugestehen eng mit der Wahrnehmung des möglichen Nutzens und der Folgen dieser Inklusion verknüpft ist. Im Hinblick auf die wohlfahrtsstaatliche Inklusion interessiert uns, ob die Zuwanderer vor allem als Kostenfaktor des Wohlfahrtsstaates angesehen werden. Wir haben daher die Frage gestellt, wie die Bilanz des Beitrags von Ausländern zum Wohlfahrtsstaat bewertet wird. Damit erhalten wir Auskunft darüber, ob die Ausländer in der Wahrnehmung der Bevölkerung als Nettozahler oder Nettoempfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen angesehen werden, ob sie also mehr Beiträge leisten als Leistungen in Anspruch zu nehmen oder umgekehrt. Ein Großteil der Befragten ist der Überzeugung, dass Zuwanderer eher als Nettoempfänger von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen anzusehen sind (Grafik 2). Nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund vertritt die Ansicht, dass Zuwanderer mehr aus dem Sozialsystem entnehmen, als sie zu dessen Finanzierung beitragen (bei Zusammenfassung der Antwortkategorien +5 bis +1). Zudem sieht lediglich ein Fünftel der Bevölkerung den Beitrag von Zuwanderern zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates als höher an als die Kosten, die durch in Anspruch genommene Leistungen entstehen (Zusammenfassung der Kategorien -1 bis -5). Knapp ein Drittel der Bevölkerung kann keine Über- oder Unterfinanzierung des Wohlfahrtsstaates durch die Zuwanderer erkennen.

Werden die Ergebnisse für die Frage nach der wohlfahrtsstaatlichen Zahlungsbilanz nun unter Berücksichtigung des soziodemografischen Hintergrunds der Befragten ausgewertet, so zeigen sich deutliche Gruppenunterschiede (Grafik 3). Im Hinblick auf das Alter fallen insbesondere die über 60-Jährigen und Befragte im Alter von 30 bis unter 45 Jahren mit einer negativen Bewertung des Beitrags von Ausländern auf. Für beide Gruppen lässt sich ein ähnlicher Mittelwert feststellen und damit gleichzeitig auch ein Überwiegen der Auffassung, dass Ausländer dem Sozialsystem mehr Kosten als Nutzen bringen. Bezüglich

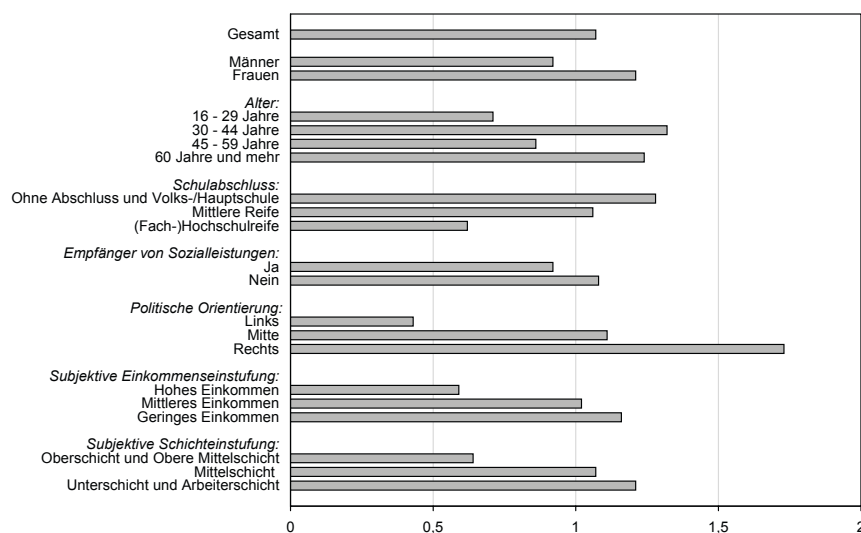
negative Einstellungen gegenüber Migranten an den Tag legt. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten hat darauf verwiesen, dass mit steigendem Ausländeranteil der Wettbewerbswettbewerb zwischen unterschiedlichen Gruppen steigt und sich Ressentiments ausbreiten können, die auch dem Wohlfahrtsstaat Unterstützung entziehen (vgl. u.a. Alesina/Glaeser 2004). Um die mögliche Spannung zwischen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität und Zuwanderung aufzuzeigen, kann man sich auch auf die umfangreiche Forschung zu Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit berufen. So ist belegt worden, dass es eine allgemeine Tendenz zur Ingroup-Bevorzugung gibt, weil Menschen dazu neigen, eher der eigenen Gruppe bzw. als gleich wahrgenommenen Personen bestimmte Rechte und Ansprüche zuzugestehen als Gruppen, die als fremd angesehen werden. Wie eine Reihe von Studien belegen konnte, unterliegt die Akzeptanz von Ausländern und das Ausmaß der ihnen zugestandenen Rechte maßgeblich auch der gefühlten Bedrohung, die von der Anwesenheit von ethnischen Minderheiten ausgeht (Scheepers et al. 2002; Rajman et al. 2003). Privilegierungen der eigenen und die Abwertung der Ansprüche fremder Gruppen finden sich in vielen Lebensbereichen, in denen ein Wettbewerb um knappe Güter stattfindet, sei es nun real oder in der sozialen Wahrnehmung. Die Verteilungsinstitutionen des Wohlfahrtsstaates, die kollektive Güter für soziale Bedarfs- und Risikolagen bereitstellen, sind natürlich prädestiniert, Gruppenkonflikte hervorzurufen. Zuwanderung in diese Systeme stellt eine Erweiterung des Kreises der Nutznießer dar und scheint besonders dann ein Problem aufzuwerfen, wenn es eine tatsächliche oder angenommene Umverteilung zwischen den unterschiedlichen Gruppen gibt. Das ist besonders problematisch, wenn damit auch die Legitimation des umvertei-

lenden Wohlfahrtsstaates insgesamt in Frage gestellt wird. Ein möglicher positiver Effekt durch die Inklusion von Zuwanderern in den Wohlfahrtsstaat, sei es im Hinblick auf die demografische Entwicklung oder Fragen der Finanzierung, könnte daher durch negative Ressentiments und Vorbehalte seitens der deutschen Bevölkerung, die dann auch die öffentliche Unterstützung des Wohlfahrtsstaates unterminieren, aufgehoben werden.

Rechtliche Gleichstellung von Ausländern wird befürwortet

Bei Betrachtung der Skalenmittelwerte für die Fragen zu allgemeinen Einstellungen gegenüber Ausländern wird deutlich, dass die Deutschen die vollständige rechtliche Gleichstellung von Zuwanderern eher befürworten als ablehnen (Grafik 1). Für die hier interessierende Frage nach der wohlfahrtsstaatlichen Inklusion bedeutet das, dass es durchaus Unterstützung für einen gleichberechtigten Status gibt. Zudem sind die Befragten offensichtlich davon überzeugt, dass Zuwanderer einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt haben, indem sie Tätigkeiten übernehmen, die von Deutschen abgelehnt werden oder für die kein ausreichendes Arbeitsangebot besteht. Konkret sind die Befragten der Meinung, dass Zuwanderer dabei helfen Arbeitsplätze zu besetzen, bei denen ein Mangel an Arbeitskräften besteht. Die Frage nach einem Druck auf Löhne und Gehälter durch Zuwanderung findet keine breite Zustimmung, denn die Befragten sind eher nicht davon überzeugt, dass Ausländer negativen Einfluss auf die Durchschnittslöhne ausüben. Die befragten Personen reagieren somit zwar zurückhaltend, aber doch tendenziell positiv auf Zuwanderung. Allerdings ist die deutsche Bevölkerung unserer Umfrage zufolge auch der Ansicht,

Grafik 3: Bewertung des Beitrags der Zuwanderer zur Finanzierung des Sozialsystems nach soziodemografischen Merkmalen, 2007



Empfänger von Sozialleistungen umfasst Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I & II. Politische Orientierung beruht auf Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala: Rechts = Skalenwerte 7-10, Mitte = Skalenwerte 4-6, Links = Skalenwerte 0-3.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

des Bildungsniveaus sehen vor allem Befragte ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss Ausländer als Nettoempfänger von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen an. Die Befragten dieser Gruppe sind eher der Ansicht, dass Zuwanderer mehr aus dem Sozialsystem entnehmen als sie ihrerseits zu dessen Finanzierung beitragen. Bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife ist diese Ansicht weniger stark ausgeprägt. Interessanterweise spielt die Tatsache, ob die Befragten selbst Sozialleistungen wie Wohngeld, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen, eine untergeordnete Rolle bei der Frage, ob Ausländer eher als Nettozahler oder als Nettoempfänger von Sozialleistungen angesehen werden. Entgegen unserer Erwartungen bewerten Bezieher von Sozialleistungen den Beitrag von Zuwanderern allerdings positiver als jene, die von uns nicht zu den Sozialleistungsempfängern gezählt werden. Hinsichtlich der politischen Orientierung ergeben sich allerdings deutliche Mittelwertsunterschiede. Personen, die sich politisch als „links“ einstufen, sehen die wohlfahrtsstaatliche Bilanz von Ausländern weniger negativ als Befragte, die ihre politische Ausrichtung als „Mitte“ oder „rechts“ beschreiben. Zudem zeigt sich, dass vor allem jener Anteil der Befragten, der zu den gesellschaftlichen Gewinnern zu zählen ist, Ausländer seltener als Nettoempfänger ansieht. Zwar halten auch Personen mit hohem Einkommen und jene, die sich zur gesellschaftlichen Oberschicht bzw. zur oberen Mittelschicht zählen, Ausländer insgesamt betrachtet für Nettoempfänger. Im Vergleich der Mittelwerte mit Geringverdienern und Angehörigen der unteren Schichten sind diese der wohlfahrtsstaatlichen Bilanz von Zuwanderern gegenüber jedoch weniger kritisch eingestellt. Diese schichtspezifischen Unterschiede können als Hinweis auf stärkere Abgrenzungsbe-

strebungen in den unteren gesellschaftlichen Schichten verstanden werden. Maßgeblich verantwortlich dafür dürfte die Wahrnehmung von Zuwanderern als Bedrohung und direkte Konkurrenz sein.

Sozialleistungen für Ausländer werden an Gegenleistungen geknüpft

Wenden wir uns nun der Frage zu, inwieweit die Zustimmung zur wohlfahrtsstaatlichen Inklusion vom Aufenthaltsstatus der Ausländer und ihren geleisteten Beiträgen bestimmt ist. Dabei wird die Beurteilung der Zugangsvoraussetzungen zum Wohlfahrtsstaat an sich betrachtet und keine weitere Differenzierung anhand der einzelnen sozialen Sicherungssysteme vorgenommen. Es geht vielmehr um die allgemeinen statusmäßigen Voraussetzungen zum Leistungserhalt bei Zuwanderern, auch wenn diese sich in der Praxis zwischen den einzelnen Systemen deutlich unterscheiden können. Die Bedingungen reichen von der Befürwortung einer uneingeschränkten Inklusion in das System der sozialen Sicherung ohne Vorleistungen und Vorbedingungen bis zum totalen Ausschluss von Personen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Frage, ob wohlfahrtsstaatliche Leistungen ausschließlich deutschen Staatsbürgern vorbehalten sein sollten, findet vergleichsweise wenig Zustimmung (Tabelle 1). Weitaus deutlicher ist die Zustimmung hingegen bei der Frage nach bedingungsloser Inklusion von Zuwanderern in das deutsche Sozialsystem. Wird nun allerdings als notwendige Bedingung zum Leistungserhalt die Beteiligung an der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates genannt, so fällt die Zustimmung noch stärker aus. Offenbar sind die Befragten am ehesten bereit, die in Deutschland lebenden Ausländer an den Leistungen des Wohlfahrtsstaates gleichberechtigt zu beteiligen, wenn

sie das Gefühl haben, dass diese Gruppen auch Finanzierungslasten tragen. Bei der Betrachtung nach soziodemografischen Merkmalen fällt auf, dass Frauen geringfügig häufiger die Leistungen für Zuwanderer einschränken oder an Bedingungen knüpfen wollen. Beim Vergleich der Altersgruppen wird ersichtlich, dass sich vor allem ältere Menschen für eine zurückhaltende Inklusion aussprechen. Die Zustimmung der über 60-Jährigen zu einer Beschränkung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen auf deutsche Staatsbürger ist vergleichsweise hoch, während sie in der Gruppe der 45-59-Jährigen am geringsten ausfällt. Gleichzeitig ist die Zustimmung der Befragten im Alter über 60 Jahren für die Koppelung der Sozialleistungen an finanzielle Beiträge als Gegenleistung sehr hoch. Die deutsche Bevölkerung ist in ihrer Lebensmitte ganz offensichtlich eher bereit, Ausländern den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern. Befragte mit höherer Bildung sind gleichfalls eher bereit, den Ausländern gleiche Wohlfahrtsrechte zuzubilligen. Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto weniger werden Einschränkungen für Ausländer unterstützt. Augenscheinlich nimmt das Ausgrenzungsbestreben mit steigendem Bildungsniveau ab, während die Unterstützung einer besseren Inklusion ethnischer Minderheiten zunimmt. Ähnliches gilt für die politische Orientierung als Differenzierungskriterium. Die Bereitschaft zur Inklusion von Zuwanderern ist bei Befragten mit linker politischer Orientierung größer als bei den anderen Gruppen.

Bei den Transferempfängern in unserer Befragtengruppe zeigt sich gegenüber der übrigen Bevölkerung eine vergleichsweise negative Haltung gegenüber der Ausländerinklusion, und dies obwohl keine negativere Bewertung der Zahlungsbilanz der Ausländer seitens der Transferempfänger vorliegt. Verglichen mit der übrigen Bevölkerung befürworten die Sozialleistungsempfänger stärker eine Beschränkung der Sozialleistungen auf deutsche Staatsbürger. Analoge Ergebnisse zeigen auch die Daten für Geringverdiener und Angehörige der Unter- und Arbeiterschicht. Es kann vermutet werden, dass sich Angehörige der unteren gesellschaftlichen Schichten, wie Geringverdiener und Transferempfänger, als finanziell benachteiligte Gruppen in starker Konkurrenz zu Zuwanderern sehen und daher Normen der Reziprozität, in Form eigener geleisteter Beiträge, betonen oder schiebt für eine generelle Bevorzugung deutscher Staatsbürger sind. Die Tatsache, dass diese Gruppen die Ausweitung der Sozialleistungen auf alle Bevölkerungsteile stark befürworten – unabhängig von zuvor geleisteten Beiträgen oder dem Aufenthaltsstatus – kann daher wahrscheinlich eher als Zustimmung zum in dieser Frage angesprochenen universalistischen wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsprinzip gewertet werden denn als generelle Zustimmung zur Inklusion von Zuwanderern. Die Zustimmung ist hier vermutlich höher, da die Frageformulierung eine Entkoppelung der Sozialleistungen von zuvor geleisteten Beiträgen des Einzelnen beinhaltet.

Tabelle 1: Beurteilung der Voraussetzungen für Zuwanderer zum Erhalt von Sozialleistungen

	Sozialstaatliche Leistungen für alle	Sozialstaatliche Leistungen nur an Zuwanderer, die sich an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen	Sozialstaatliche Leistungen ausschließlich für deutsche Staatsbürger
Gesamt	3,4	3,9	2,2
Frauen	3,5	4,0	2,3
Männer	3,4	3,8	2,1
<i>Alter:</i>			
16 - 29 Jahre	3,7	3,8	2,2
30 - 44 Jahre	3,3	3,8	2,2
45 - 59 Jahre	3,2	3,8	2,0
60 Jahre und mehr	3,6	4,2	2,4
<i>Schulabschluss:</i>			
Ohne Schulabschluss bzw. Volks-/ Hauptschule	3,4	4,0	2,5
Mittlere Reife	3,3	3,9	2,2
(Fach-)Hochschulreife	3,4	3,6	1,7
<i>Empfänger von Sozialleistungen:</i>			
Ja	3,5	4,1	2,5
Nein	3,4	3,9	2,2
<i>Politische Orientierung:</i>			
Rechts	3,1	4,0	2,9
Mitte	3,3	3,9	2,2
Links	3,7	3,8	2,0
<i>Subjektive Einkommenseinstufung:</i>			
Geringes Einkommen	3,5	3,9	2,4
Mittleres Einkommen	3,3	3,9	2,2
Hohes Einkommen	3,5	3,7	1,8
<i>Subjektive Schichteinstufung:</i>			
Unterschicht und Arbeiterschicht	3,5	3,9	2,4
Mittelschicht	3,4	3,9	2,1
Obere Mittelschicht und Oberschicht	3,3	3,8	1,7

Indikator 1: „Sozialstaatliche Leistungen sollten allen Menschen zukommen, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder zuvor gezahlten Steuern und Beiträgen.“ Indikator 2: „Sozialstaatliche Leistungen an Zuwanderer, die in Deutschland leben, sollten auf jene beschränkt werden, die sich an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen.“ Indikator 3: „Sozialstaatliche Leistungen sollten ausschließlich deutschen Staatsbürgern vorbehalten sein.“ Mittelwerte auf einer 5er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 5 = stimme voll und ganz zu.

Empfänger von Sozialleistungen umfasst Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I & II. Politische Orientierung beruht auf Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala: Rechts = Skalenwerte 7-10, Mitte = Skalenwerte 4-6, Links = Skalenwerte 0-3.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

reitschaft zur Inklusion und zur Gewährung gleicher Sozialleistungen würde daher eine positivere Gewichtung des Eigenbeitrags der Ausländer seitens der Deutschen voraussetzen. Dieses ist aber nicht nur von tatsächlichen Zahlungsbilanzen der Gruppe der Ausländer abhängig, sondern auch von öffentlichen Diskursen, die einen Einfluss auf die Wahrnehmungen der Bevölkerung haben.

- 1 Die hier präsentierten Forschungsergebnisse sind aus dem Projekt „Shifting Paradigms of Social Justice“ der Universität Bremen hervorgegangen. Das Projekt wird durch die Anglo-German Foundation finanziert und ist Teil ihrer Forschungsinitiative „Creating Sustainable Growth in Europe“.
- 2 Für die Analysen haben wir Personen mit Migrationshintergrund aus der Analyse ausgeschlossen, da ihre Einbeziehung zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen könnte. Als entsprechender Indikator diene uns hier die Frage nach der Muttersprache der beiden Elternteile der Befragten sowie des Befragten selbst. Das Ausschlusskriterium war dabei die Zustimmung zur Frage, ob mindestens einer der beiden Elternteile oder aber die befragte Person eine andere Muttersprache als die deutsche spricht (Mehrfachnennungen waren möglich).

Alesina, Alberto, Glaeser, Edward L., 2004: *Fighting Poverty in the US and Europe. A World of Difference*. Oxford: Oxford University Press.

European Commission, 2007: *Europe in Figures*. Eurostat yearbook 2006-07. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

Rajman, Rebeca, Semyonov, Moshe, Schmidt, Peter, 2003: *Do Foreigners Deserve Rights? Determinants of Public Views Towards Foreigners in Germany and Israel*. *European Sociological Review* 19 (4): 379-392.

Scheepers, Peer, Gijsberts, Mérove, Coenders, Marcel, 2002: *Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat*. *European Sociological Review* 18 (1): 17-34.

Statistisches Bundesamt, 2006: *Strukturdaten zur Migration in Deutschland 2004*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Tucci, Ingrid, Wagner, Gert G., 2005: *Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurchschnittlich gestiegen. Armut häufig mit Unterversorgung in anderen Lebensbereichen gekoppelt*. *DIW Wochenbericht* 72 (5): 79-86.

■ **Steffen Mau und Christoph Burkhardt, Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Universität Bremen**

Tel. 0421 / 218-4131 und -4161
smau@gsss.uni-bremen.de
burkhardt@gsss.uni-bremen.de

Wie in diesem Beitrag deutlich wurde, sind die Einstellungen gegenüber Zuwanderern und deren Einbeziehung in den Wohlfahrtsstaat durchaus gemischt. So gibt es eine breite Inklusionsbereitschaft in der Bevölkerung. Eine rechtliche Gleichstellung von Ausländern wird beispielsweise mehrheitlich befürwortet. Andererseits wird die Anwesenheit von Zuwanderern nicht durchweg positiv bewertet und die Bilanzierung des Beitrags von Zuwanderern fällt eher negativ aus. Zuwanderer werden von einem großen Teil der Befragten als Nettoempfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen angesehen. Dementsprechend werden vielfach Bedingungen an die Gewährung von Wohlfahrtsrechten geknüpft. Zwar wird eine Beschränkung der Sozialleistungen auf deutsche Staatsbürger mehrheitlich abgelehnt, eine

Knüpfung der Berechtigung zum Leistungserhalt an die Bereitschaft zur Beteiligung an der Finanzierung des wohlfahrtsstaatlichen Systems wird von weiten Teilen der Bevölkerung allerdings befürwortet. Eingangs haben wir die Frage nach den Wirkungen von Migration auf die Solidaritätsbereitschaften im Wohlfahrtsstaat aufgeworfen. Gibt es eine Bereitschaft, die Einbeziehung der Zuwanderer in die sozialen Sicherungssysteme zu unterstützen, oder entstehen dadurch neuartige Legitimationsprobleme? Wie wir sehen konnten, differenzieren die Befragten durchaus in ihren Einstellungen gegenüber Zuwanderern. Dabei wird deutlich, dass eine Inklusion nur vor dem Hintergrund einer als ausreichend angesehenen finanziellen (oder produktiven) Gegenleistung seitens der Ausländer unterstützt wird. Eine höhere Be-

Herausgeber
GESIS-ZUMA
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/sozialindikatoren

Verantwortlich für den Inhalt
Dr. Heinz-Herbert Noll
Redaktion
Dr. Angelika Scheuer

Satz und Druck
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30, 67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung
Kognito, Berlin

GESIS e.V. ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Calls for Papers

7th International Conference on Social Science Methodology (ISA-RC 33)
Naples, September 1-5, 2008

Session on Social Indicators:
Subjective Well-Being – Innovative Instruments for Measurement and Data Analysis

Research on subjective well-being has been expanding tremendously in recent years not only in sociology, but also in psychology and economics. The results of this booming research field has attracted a lot of interest in academic debates, but also among policy makers and the general public. Part of the success story are new measurement approaches, the potentials of recent national and international survey programmes and not least also innovative methods of data analysis, which do no longer respect the limits of disciplines. On a conceptual level for example, the former 'hedonic' notions of well-being have recently been complemented by so-called 'eudaimonic' notions leading to new operationalizations and indicators of subjective well-being; experience sampling and the day reconstruction method have been added to the 'classic' survey methods in collecting data on subjective well-being; large scale cross-cultural survey programmes as well as long lasting household panel studies allow for ambitious and complex designs in data analysis and the application of respective models in comparative and longitudinal studies of SWB.

This session will provide an opportunity for researchers from different disciplines to present and discuss innovative instruments for measurement and data analysis in the field of subjective well-being and invites various contributions of this sort. Ideally the papers would not only present respective instruments and methods, but demonstrate also the added value of utilizing them in terms of new insights and substantial knowledge on subjective well-being.

Proposals (300 words max.; full contact information) should be submitted to
Dr. Heinz-Herbert Noll, GESIS-ZUMA (heinz-herbert.noll@gesis.org). The deadline for applications is February 17, 2008.

(Un-)Sicherheit und gesellschaftliche Transformation – Indikatoren und Analysen
Veranstaltung der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 34. Kongress der Deutschen
Gesellschaft für Soziologie in Jena, 6.-10. Oktober 2008

Das Thema der Sektionsveranstaltung greift das Motto des Kongresses auf und lädt zu Beiträgen ein, die sowohl in mikrosozialen Lebensformen als auch in makrosozialen Strukturbildungen positive wie negative Aspekte von Unsicherheit thematisieren. Bereits vor zwanzig Jahren machte Wolfgang Zapf – einer der Gründerväter der Sektion Soziale Indikatoren – in dem Buch „Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland“ auf die Zentralität subjektiv erfahrbare Sicherheit gerade in Zeiten gesellschaftlicher Wandlungsprozesse aufmerksam: Individualisierung sei nur vor dem Hintergrund gegebener Sicherheit (serwartungen) möglich und Sicherheit stelle eine institutionelle Voraussetzung von Modernität dar. Zu fragen wäre, inwieweit seine damals entwickelten Thesen auch in Zeiten erhöhter Flexibilitätsanforderungen, von Polarisierungserscheinungen und demografischem Wandel in beiden Teilen Deutschlands gültig bleiben.

Auch die Frage, wie „neu“ die zeitgenössische Verunsicherung, die im Mittelpunkt des Kongressinteresses steht, in Deutschland tatsächlich ist, und wie sich Deutschland dabei im internationalen/europäischen Vergleich verortet, sind Themen, die anhand von sozialen Indikatoren differenziert analysierbar sind. Zu den vermeintlichen Gründen für wachsende Unsicherheiten werden im Rahmenprogramm vier Dimensionen genannt (globale Transformationsprozesse, veränderte Geschlechterrollen und neue Lebensformen, existenzielle Verunsicherung und Entgrenzung von Bedrohungsgefühlen, Konsequenzen des Klimawandels), an die analytisch mit Hilfe von sozialen Indikatoren angeknüpft werden soll.

Die Veranstaltung der Sektion Soziale Indikatoren soll ein Forum bieten, diese und weitere Fragen des Zusammenhangs individueller wie struktureller (Un-)Sicherheit und der Lebensqualität im gesellschaftlichen Wandel – im nationalen oder auch internationalen Maßstab – nachzugehen und zu diskutieren. Erwünscht sind einerseits empirische Studien, insbesondere wenn sie das Thema in zeitlicher Perspektive oder mit neuen Instrumenten bearbeiten, aber auch Beiträge, die sich theoretisch mit dem Zusammenhang von (Un-)Sicherheit, Lebensqualität und gesellschaftlichem Wandel auseinandersetzen.

Vortragsbewerbungen in Form eines 1-seitigen abstracts werden bis zum 31. März 2008 erbeten an den Sprecher der Sektion Soziale Indikatoren, Prof. Dr. Jürgen Schupp (jschupp@diw.de).